

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.,
ebenfalls 85 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im Voraus zahlbar.
Beitrag 4,50 M. einschließlich 80 Pf.
Beitragungs- und 75 Pf. Postbeitrags-
höherer Auslandabonnements 6,- M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 6,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal. Die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseit. Kampfbroschüre 80 Pf.
Kampfbroschüre 3,- M. „Kleine An-
gelegenheiten“ des leitenden Redakteurs, jedes
weiterer Blatt 12 Pf. Rabat 10. Teil
Stellenangebote des 10. Bl. Blatt 10 Pf.,
jedes weitere Blatt 10 Pf. Blatt über
13 Buchstaben zählen für zwei Blätter.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
angelegenheiten Seite 40 Pf. Angelegenheiten
im Hauptgeschichtsbereich 2 wochent-
täglich von 8^{1/2} bis 11 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Kernstr.: Dönhofs (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 506. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Brünings zweites Kabinett.

Reichswehrminister Groener wird auch Innenminister.

Der Reichskanzler wurde am Freitag um
9.15 Uhr abends vom Reichspräsidenten empfangen.
Er präsentierte dem Reichspräsidenten nachfolgende
Ministerliste seines neuen Kabinetts:

- Brüning: Reichskanzler und Außenminister.
- Dietrich: Vizekanzler und Reichsfinanzminister.
- Groener: Reichswehrminister und Innenminister.
- Stegerwald: Arbeitsminister.
- Warmbold: Wirtschaftsminister.
- Schiele: Reichsernährungsminister.
- Joel: Justizminister.
- Treviranus: Verkehrsminister.

Der Reichspräsident hat der Ministerliste seine
Zustimmung erteilt und die von dem Reichs-
kanzler vorgeschlagenen Persönlichkeiten zu Ministern
ernannt, bzw. die Minister des ersten Kabinetts
Brüning in ihren Ämtern bestätigt.

Der bisherige Reichspostminister Schäkel
gehört dem neuen Kabinett zunächst nur provisorisch
an. Er hat sich seine endgültige Entscheidung bis
zur Stellungnahme der Fraktion der Bayerischen
Volkspartei zu dem neuen Kabinett vorbehalten.

Zum Ostkommissar ist der Reichstagsabgeordnete
Schlange-Schöningen in Aussicht genommen.

Brüning II

Beder Neurath, noch Böglar, noch Gehler.

Gegen das zweite Kabinett Brüning kann man genau
daselbe einwenden wie gegen das erste. Aber auch nicht viel
mehr. Ein paar Minister sind gegangen, ein paar Minister
sind gekommen, am Grundcharakter hat sich wenig geändert.

Neurath als Außenminister war eine Hoffnung der
Deutschnationalen. Aber er fährt wieder nach London und
Brüning übernimmt das Auswärtige mit. Das ist gut, weil
damit dem Ausland gezeigt wird, daß der Kurs derselbe
bleibt. Es ist bedenklich, weil das Auswärtige — zumal bei
der gegenwärtigen Befehung des Staatssekretärpostens —
eine ganze Arbeitskraft braucht.

Böglar sollte als Minister ein Wahrzeichen dafür sein,
daß die offene Schwelgerei nach rechts, in das Lager der
Sozialreaktion, vollzogen sei. Mit ihm wollte man die Volks-
partei kaptivieren. Aber die Volkspartei schmolzt weiter, und
Böglar kommt nicht.

Gehler, der Innenminister werden sollte, hat sich seit
seinem Abgang noch weiter nach rechts entwickelt. Aber auch
schon seine letzten Leistungen als Reichswehrminister hatten
ihn um die letzten Reste von Vertrauen gebracht, die er aus
früheren Zeiten noch auf der Linken besaß. Gegen ihn als
Reichsinnenminister wurden lebhafteste Bedenken geltend ge-
macht, und Gehler bleibt uns erspart.

Neurath, Böglar, Gehler hätten durch ihren Eintritt den
Grundcharakter des Kabinetts geändert. Ist er auch dadurch
geändert, daß Herr Joel vom Staatssekretär zum Justiz-
minister aufgerückt ist? Oder dadurch, daß Herr Trevira-
nus nun als Verkehrsminister auf den dritten Ast, in das
dritte Amt hüpfte? Oder dadurch, daß der leere Sessel des
Wirtschaftsministers durch Herrn Warmbold ausgefüllt
wird, der ein ziemlich unbeschriebenes Blatt ist?

Für das erste Kabinett Brüning hat sich niemand be-
geistern können. Ueber seine Umwandlung in das zweite
Kabinett Brüning wird sich wahrscheinlich niemand aufregen.

Der weitaus interessanteste Punkt der neuen Liste ist die
Schöpfung einer Personalunion zwischen Reichsinnen-
ministerium und Reichswehrministerium.
Herr Groener, der von heute an beide Ämter verwaltet,
wird damit für die deutsche Republik eine noch wichtigere
Persönlichkeit als bisher.

Durch die Bekämpfung der nationalsozialistischen Umtriebe
in der Reichswehr hat sich Groener die erbitterte Feindschaft
der ganzen Rechten zugezogen. Zu den dramatischsten Szenen
im neuen Reichstag hat es gehört, als der deutschnationale
Anführer von Didenburg-Jonuschau unter dem brau-

senden Beifall der Hatentkreuzler seine große Attacke gegen
Groener ritt. Bis vor kurzem wenigstens — wir wissen nicht,
ob sich seitdem etwas daran geändert hat — war Groener für
die Rechte der bestgehabte Mann des Kabinetts.

Eine Gefälligkeit für die Rechte bedeutet also seine Er-
nennung zum Reichsinnenminister gewiß nicht. Damit ist
jedoch freilich nicht gesagt, daß die Vereinigung von Reichs-
wehr- und Innenministerium in einer Hand für die Linke
unbedenklich ist: Wird man nicht im Ausland von Militärdiktatur
reden? Und besteht nicht wirklich die Gefahr,
daß das Verfassungsministerium der Republik zu einer Filiale
des Wehrministeriums herabsinkt?

Ein echter, rechter Verfassungsminister, dem die Wehr-
macht untersteht, das kann eine sehr gute Sache sein. Ein
General und Kriegsminister, dem der Schutz der Verfassung
übertragen wird, ist ein gefährliches Experiment.

Wird Groener Staatsmann genug sein, um die Schwierig-
keit seiner Doppelstellung zu verstehen? Dann wird er sich
von heute ab in erster Linie als Verfassungs-
minister fühlen und erst in zweiter Linie als Wehr-
minister. Dem Verfassungsminister fällt heute die Aufgabe
zu, gewissermaßen der Treuhänder jener Volksrechte zu sein,
die zur Zeit weitgehenden Beschränkungen unterworfen sind.
Er muß darüber wachen, daß diese Beschränkungen nicht in
willkürliche Unterdrückung ausarten und daß sie gemildert

oder aufgehoben werden, sobald die Umstände es gestatten.
Es darf ihm aber auch nicht an Entschlossenheit fehlen, wo es
gilt, die Feinde der Republik in Schach zu halten.

Ein wenig erinnert dieser neue Vorgang an die Be-
trauung des Herrn v. Seeckt mit der vollziehenden Gewalt
im Jahre 1923. Aus den Fehlern, die damals begangen
wurden, könnte Groener einiges lernen. Immerhin hat
Herr v. Seeckt, der morgen Ehrengast in Harzburg sein wird,
damals der radikalen Rechten das Rezept verdorben. Das
war die Zeit nach dem Münchener Hitler-Putsch. Sollte jetzt
eine Aera Groener durch eine Aera Hitler abgelöst werden?
Das wäre wahrhaftig eine Ironie des Schicksals!

Dem zweiten Kabinett Brüning kann man, ja muß man
skeptisch und kritisch gegenüberstehen. Aber es ist ein offen-
barer Unsinn, wenn man sagt, es sei dasselbe wie eine Re-
gierung Hitler-Hugenberg. Das zweite Kabinett
Brüning, das in vieler Beziehung die Zeichen der Un-
entschiedenheit trägt, ist damit selber ein Zeichen dafür,
daß die letzte Entscheidung in dem großen Machtkampf noch
aussteht. Das Wichtigste ist heute nicht, welche Figur diesen
oder jenen Ministerstuhl ziert, das Wichtigste ist, ob es ge-
lingt, den Generalangriff des Unternehmers
tums auf die politischen und sozialen Rechte
der Arbeiterklasse abzuschlagen, der jetzt
in vollem Gange ist. Die Bedeutung dieses Generalangriffs ist

Arbeiterfront gegen soziale Reaktion

Die Gewerkschaften aller Richtungen einig in der Abwehr.

Am Sonntag versammelt sich in Harzburg die ver-
einigte Reaktion. Allein die Absicht dieses Aufmarsches
des Blochs der nationalen Heuschkei, dessen höchstes Ziel die
Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft ist, hat alar-
mierend auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten
aller gewerkschaftlichen Richtungen gewirkt. Neuer-
dings beschäftigt sich auch der „Politisch-gewerk-
schaftliche Zeitungsdienst“ mit der Harzburger Tagung.
Er schreibt:

„Die Tendenz der Harzburger Tagung wird gegeben durch die
Teilnahme von Verbandsvertretern aus der Wirt-
schaft und von Unternehmern aus der rheinisch-
westfälischen Industrie. Unter den Verbandsvertretern
der Wirtschaft befinden sich manche Sympoly aus den Verbänden, die
erst noch vor kurzem in einem Sofortprogramm der Reichsregierung
ihre Forderungen überreicht haben. Aber es kommt nicht so sehr
auf die Namen der Vertreter an, sondern mehr auf die großen
Unternehmungen, die von diesen Namen repräsentiert werden.“

So sind also in Bad Harzburg die Vereinigten Stahlwerke, die
Gute-Hofnungs-Hütte, die Stannos-Zechen und schließlich auch
der Bergbauverein vertreten.

Der Bergbauverein hat in der Arbeit, wie sie in Harzburg von der
Industrie geleistet werden soll, einige Erfahrung. Zwar hat er nicht
immer so vorsichtig gearbeitet, wie er dies in der letzten Zeit versucht
hat, denn man konnte ihm noch vor nicht allzu langer Zeit in einem
Prozess nachweisen, daß er die wirtschaftsfriedlichen
Offener Arbeiterverbände finanziell subventioniert hat.
Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist mit diesem Teil-
nehmerkreis Sinn und Zweck der Harzburger Tagung gegeben. Es
mag manchen etwas eigentümlich berühren, den National-
sozialisten Goebbels und Herrn Kajul auf der gleichen Plattform
zu sehen.

um so mehr, als schließlich das Ergebnis von Harzburg nur der
Kampf gegen die Gewerkschaften sein kann.

Wenn die Industriellen in solcher großer Zahl und so repräsentativ in
Harzburg auftreten, dann müssen sie große Pläne mit den
Gruppen der Deutschnationalen Volkspartei, der National-
sozialisten und dem Aldeutschen Verband des Herrn Claf
verfolgen. Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning hat ihnen
nicht zugesagt, und in einzelnen Bestimmungen der Rotverordnung
über die Aktienrechtsreform und in der Möglichkeit der Kürzung
der hohen Bezüge der Generaldirektoren, die nun die dritte Rot-
verordnung gibt, sehen sie einen persönlichen Angriff. Sie sind

verärgert, weil sie einen Teil ihrer Aufsichts-
ratsmandate niederlegen müssen, und dadurch, daß
von ihnen das mit viel Kunst und Verschleierung errichtete Gebäude
der Konzernverschachtelungen umgebaut werden muß.
Auch die vom Kanzler wiederholt geforderte Bilanzwahrheit
entspricht nicht den Wünschen der Industriellen; sie möchten lieber
einen undurchsichtigen Schleier über die Bilanzen ihrer Gesellschaften
für die nächsten fünf Jahre legen. . . . Wägen unter den in Harz-
burg anwesenden Gruppen und Persönlichkeiten auch manche sein,
die einen Kampf gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften
vermeiden wollen, so zwingt doch die Zusammenlegung der Teil-
nehmer mit dem zahlreichen Auftreten der Industrie zu der
Feststellung,

daß die Arbeitnehmer von Harzburg nur eine Zerstückelung der
Tarifverträge, des Schlichtungswesens und ihrer Gewerkschaften
erwarten können.

So sehen auch die christlich-nationalen Arbeitnehmer,
gleichgültig, ob Angestellte oder Arbeiter, Harzburg an, und
selbst, wenn sie in einer der dort vertretenen Parteien ihre politische
Heimat hatten.“

Das ist die Meinung eines Organs der christlichen
Gewerkschaften über Harzburg.

Die Auffassung der Hirsch-Dunker'schen
Gewerkschaften über die Harzburger Tagung der
vereinten Reaktion ergibt sich aus Äußerungen des Reichs-
tagsabgeordneten Lemmer, der in einer Mitgliederver-
sammlung seiner Organisation in Berlin erklärte, daß es sich
bei der Absicht der Reaktionskräfte keineswegs nur um eine
Angelegenheit der „roten Gewerkschaften“ handle, wie man
es gern irreführenderweise darzustellen pflege, sondern, daß
diese Frontalangriffe der sozialen Reaktion von allen
Gewerkschaftsringen ohne Unterschied ihrer langjährigen welt-
anschaulichen und politischen Orientierung als ein Schlag
gegen die Grundlage moderner Sozial- und
Gewerkschaftspolitik empfunden werde. Die Ge-
werkschaftsringe werden kameradschaftlich an der
Seite der freien und christlichen Gemein-
schaftsverbände stehen, wenn in der kommenden
Zeit um die Lebensrechte der breiten Masse der Lohn- und
Machtkampf in Deutschland gekämpft werden müsse.

So formieren sich die Arbeiterbrigaden aller Rich-
tungen zur Abwehr der sozialen Reaktion, mit dem Ziel,
dem Bloch der nationalen Heuschkei einen Bloch
der Arbeiterorganisationen aller Richtun-
gen entgegenzustellen.

fast von der ganzen Arbeiterklasse erkannt worden, und es ist hoch erfreulich, daß auch die christlichen Gewerkschaften angefaßt der drohenden großen Gefahr wach und hellhörig gemorden sind. Wäre die Arbeiterklasse so einig, wie sie sein sollte und in dieser harten Zeit sein müßte, dann wäre es ihr bald möglich, nicht nur den Generalangriff der Unternehmer und ihrer hatenkreuzgeschmückten Soldner zurückzuschlagen, sondern auch zum entscheidenden Gegenangriff überzugehen.

Schluß mit Lohnabbau und Rentenkürzung! Durchgreifende Winterhilfe durch zusätzliche Lieferung von Kohle und Kartoffeln! Schutz des Tarifwesens und der Sozialversicherung! Bankenkontrolle, Kartellaufsicht, Staatsmacht über Kapitalmacht — welcher Erfolg wäre es, wenn es gelänge, die ganze Arbeiterklasse auf ein solches Programm zu einigen!

Die Sozialdemokratie wird im Parlament und außerhalb des Parlaments für dieses Programm kämpfen — gegen Sozialreaktion und Faschismus, gegen Hitler und Hugenberg, gegen die Heloten vom Hakenkreuz!

Haltung der Bayerischen Volkspartei.

Held und Schäffer auf dem Wege nach Berlin.
Besprechungen mit Schäffel und Leicht.

München, 9. Oktober.

Ministerpräsident Dr. Held, der Parteivorsitzende der Bayerischen Volkspartei Schäffer und der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei Dr. Wohlmuth haben sich zu einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei Leicht und Reichsminister Schäffel nach Berlin begeben.

Kabinettsbildung und Landvolkspartei.

Ein Mitglied der II.-Redaktion befragte den Parteiführer des Deutschen Landvolks, von Hauenschild-Tscheide, über die Haltung der Reichstagsfraktion einem neuen Kabinett gegenüber. Herr von Hauenschild erklärte, daß das Deutsche Landvolk sich nicht bindet, bevor es nicht die Zusammensetzung und die grundsätzlichen Ziele der neuen Regierung sowie die Garantien für ihre Durchführung kenne. Erstes Erfordernis für ein lebensfähiges Kabinett sei heute einheitlicher klarer Kurs unter Verlagerung nach rechts.

Hitler bei Hindenburg.

Eine interessante Audienz.

Adolf Hitler hat den Reichspräsidenten um eine Audienz ersucht. Sie ist ihm gewährt worden, und sie findet heute statt, am Tage vor Harzburg und nach der Ernennung des zweiten Kabinetts Brüning.

Hitler wird also auf die Entschlüsse des Reichspräsidenten hinsichtlich der Regierungsbildung keinen Einfluß ausüben können. Ob der Reichspräsident einen Einfluß auf die Haltung Hitlers in Harzburg ausüben kann und will, steht dahin.

Im übrigen: wenn der Führer einer großen Partei — und das ist Hitler heute leider — den Wunsch äußert, den Reichspräsidenten zu sprechen und wenn der Reichspräsident ihn empfängt, so kann man aus dieser Tatsache allein noch keine politischen Schlüsse ziehen.

Seit Marquis Rosa vor König Philipp stand, hat es viele solche Audienzen gegeben. Sie verliefen oft dramatisch, manchmal sogar humoristisch. Geschichtliche Ereignisse waren sie selten.

Hugenberg-Hilfe.

Kommunistische Partei als Stütze der „nationalen“ Opposition

Die kommunistische Zeitung „Berlin am Morgen“ veröffentlichte gestern eine Zusammenstellung der wahrscheinlichen Pläne einer Regierung Hugenberg: Auflösung des Reichstags, aber keine Neuwahlen, also Staatsstreich — völlige Beseitigung der Erwerbslosenversicherung und Zerstückelung des Tarifrechts — Inflation.

Es erhebt sich die Frage: was haben die Kommunisten gegen Hugenberg und seine Absichten getan? Die heutige Stellung Hugenbergs und seine Hoffnungen sind nicht zu erklären ohne die Haltung der kommunistischen Partei. Sie hat systematisch das Spiel der Reaktion gefördert, innerhalb wie außerhalb des Reichstags, sie hat noch zuletzt beim Volksentscheid gegen Preußen Hugenberg Bundeshilfe geleistet.

Die sogenannte „nationale“ Opposition wuchert mit dem kommunistischen Bunde. Sie versucht sich als Volkstrederein des Volkswillens hinzustellen, sie sucht den Eindruck zu erwecken, als müßte sie nach den Grundfragen der Demokratie mit der Regierung betraut werden. Warum? Weil sie in ihrer Propaganda ihre eigene Stärke vermehrt um das Gewicht der kommunistischen Stimmen im Reichstag, weil sie ihren eigenen 150 Mandaten die kommunistischen Mandate zurechnet, so als ob es ihre eigenen wären.

Was haben die Kommunisten gegen Hugenberg getan? Nichts! Sie haben vielmehr alles für ihn getan. Sie haben ihn in die Position verholten, von der aus er die Hand nach der Macht ausstreckt, sie haben die faschistische und sozialreaktionären Pläne Hugenbergs gefördert!

Die ganze Berverfälschung der kommunistischen Politik kommt darin zum Ausdruck, daß die Kommunisten die Leiter halten, über die Hugenberg in die Macht einsteigen will.

Bereinheitlichung des Wechselrechts.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Volltagung am Donnerstagsabend zunächst mit drei internationalen Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts. In der Ausschüßberatung waren Bedenken gegen das Geseß nicht geltend gemacht worden. Auch der Reichsrat stimmte dem Entwurf ohne Aussprache zu. Gegen die Stimme des Landes Oldenburg wurde auch eine Novelle der Durchführungsvorschriften zum Kalendertariffgesetz angenommen. Die Beratung des Geseßentwurfs über Arbeitsruhe am Weihnachtsheligenabend wurde auf Wunsch von Preußen auf eine Woche vertagt.

Breslau treu zur Partei!

Massenmitgliederversammlung jubelt Otto Wels zu.

Breslau, 9. Oktober. (Eigenbericht.)

Aus der ersten großen Mitgliederversammlung des von den Abspaltungen betroffenen Ortsvereins Groß-Breslau am Freitagabend ist eine mächtige Kundgebung der Breslauer Parteigenossen zur Einheit und Geschlossenheit der Partei geworden. Der große Gewerkschaftshausaal, der noch bis vor kurzem nur die Stille Kleinlicher Richtungsgeisterungen gemessen ist, mußte teilweise gesperrt werden, so gewaltig war der Andrang.

Der Parteivorsitzende Otto Wels, den die Bestimmungsjahre der Ekstein-Gruppe während der letzten Jahre auf die Liste der in Breslau unerwünschten Redner gesetzt hatte, wurde begeistert begrüßt. Er beschäftigte sich in seinen oft von Beifall und Zurufen unterbrochenen Ausführungen mit der gefährlichen Zuspitzung der politischen Lage. Die Tolerierungspolitik sei nur geübt worden, weil sie die Wirklichkeit gebieterisch verlangte. Trotz allem, was uns von ihm trennt, sei Brüning die letzte Bastion der Republik. Jetzt werde der Widerstand Hindenburgs gegenüber dem Drängen der Reaktion von Tag zu Tag schwächer. Die Sozialdemokratie stehe vor folgenschweren Entscheidungen von ungeheurer Tragweite. Hugenbergs Bemühungen gelten der Befestigung des Innenministeriums mit einem seiner Freunde, um dann später, vielleicht durch Sperrung der Polizeizuschüsse, die Machtmittel der Länder in seine Hände zu bekommen. Das Unternehmen steuere geradewegs auf die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht los.

Die Grundrechte des Volkes seien bedroht. Deshalb müsse die Front der Arbeiter, der freien und der christlichen Gewerkschaften, fest geschlossen werden.

Angefaßt solcher Aussichten müsse die Rechthaberei in der Arbeiterbewegung endlich ein Ende haben. Es müsse bestehen bleiben, was Bebel auf dem Parteitag von 1891 der Opposition entgegenhielt, daß eine Millionenpartei vorsichtiger zu operieren habe, als eine Sekte. Keine Bekämpfung von außen könne der Partei etwas anhaben, aber der Kampf in der Partei sei schlimmer. Deshalb müsse die Meinungsfreiheit einzelner am Recht der anderen eine Grenze haben.

Schließlich beschäftigte sich Otto Wels mit dem Berdegang der Abspaltung. Nachdem Rosenfeld der Genossin Wurm erklärt habe, die Gründung der neuen Partei hätte rasch vollzogen werden müssen, da es sonst zu spät gewesen sei, erübrigte sich jedes Wort über die Vorgänge der letzten Tage. Seydewitz und seine Freunde hätten unbestreitbar die Abspaltung bewußt herbeigeführt. Ihre neue Partei sei wie alle anderen politischen Splintergruppen ein Wanderer ins Nichts. Das Geschimpfe auf die Bonzen rühre

die Sozialdemokratie nicht. Sie habe keine Verantwortung, in Breslau und in anderen Städten in einen Wettbewerb mit politischen Gegnern einzutreten.

Das gemaltige Kulturwerk unserer auf 80jähriger Tradition zurückblickenden Arbeiterbewegung sei im Augenblick schwer bedroht. Deshalb gelte wie niemals die Losung: Vorsicht, Treue und gute Kameradschaft!

Stürmischer Beifall, wie man ihn in Breslauer Parteiversammlungen seit langem nicht mehr erlebt hatte, folgte der Rede. Eine Aussprache fand nicht statt. Ein ungezogener Störenfried wurde aus dem Saal entfernt. Nachstehende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung von Groß-Breslau verurteilt auf das entschiedenste die Spaltungsbestrebungen, die für die Klasse des Proletariats nur die schwersten Schädigungen im Gefolge hat. Die gesamte Mitgliedschaft gelobt, getreu ihrer jahrzehntelangen Ueberlieferung im Klassenkampf unter der Fahne der einzigen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen Partei, weiterzukämpfen. Nieder mit allen Spalttern und aller Zwitterkraft. Es lebe die Sozialdemokratie!“

Jugend steht zur Partei.

Gesamtmitgliederversammlung der Berliner Arbeiterjugend.

Die Gesamtmitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlins, die gestern im Großen Saal der Reuen Welt in der Hasenheide stattfand und einen sehr guten Besuch aufwies, ward zu einer starken Bekundung der Treue unserer Jugendgenossen zur Gesamtpartei und zur Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Referate der Genossen Erich Schmidt über „Die Vorgänge in der Berliner Arbeiterjugend“ und Fritz Schröder über „Einheit der Partei — Einheit der Arbeiterklasse“ fanden gerade dann besonderen Beifall, wenn die Referenten betonten, daß trotz aller Kritik an der Politik des Parteivorstandes nur die Treue zur Sozialdemokratie einen Aufstieg der Arbeiterklasse zu verbürgen vermöge. Eine Resolution, in der die Berliner Sozialistische Arbeiterjugend ihrem Bezirksvorstand und seinem Vorsitzenden Genossen Schmidt „für seinen zähen Kampf um die Erhaltung der Einheit unserer Bewegung unbeschränktes Vertrauen ausdrückt“, wurde einstimmig angenommen.

Der Bremer Finanzskandal.

Nationalsozialisten und Volksparteiler verteidigen den schuldigen Senator Bömers

Bremen, 9. Oktober. (Eigenbericht.)

Gestern fand in Bremen die erste Bürgerchäftsitzung nach den Sommerferien statt, die sich zugleich mit dem beispieldosen bremschen Finanzskandal befaßte. Im Mittelpunkt der teilweise recht stürmisch verlaufenden Sitzung stand die Debatte über den Untersuchungsbericht über die bremschen Finanzgeschäfte.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Bürgerchäftsfraktion, Genosse Alfred Faust, rechnete in einer glänzenden zweistündigen Rede scharf mit den Schuldigen ab, die in verantwortungsloser Weise mit den Geldern der Steuerzahler privatkapitalistische Wirtschaftspolitik getrieben hatten. Die Sozialdemokratie, die selbst an der Koalition in Bremen beteiligt ist, sieht rein da.

Die Schuld an der Mißwirtschaft befaßt in erster Linie den volksparteilichen Finanzsenator Bömers, der zweifelhafte Millionengeschäfte des Staates mit der Privatwirtschaft ohne Wissen der übrigen Senatoren, der Bürgerschaft und der Deputation getätigt hat.

Dem Staat sind dadurch Millionenverluste entstanden, die nicht wieder gutzumachen sind. Der Verantwortliche selbst sah während der wichtigen Anlagereise in der vordersten Reihe der Bürgerschaft und steckte die berechtigten scharfe Kritik ein, taumelnd er hin und wieder zu widersprechen wagte. Er mußte sich von dem Sprecher der Sozialdemokratie lassen lassen, daß er sich wie ein kleiner absoluter König, entgegen den Bestimmungen der Verfassung, über Bürgerschaft und Deputation hinweggesetzt hatte, daß er dem bereits wankenden Nordwolle-Konzern mit Millionenbeihilfen half, daß weitere zweifelhafte Effekengeschäfte mit Staatsgeldern gemacht wurden, daß mit seiner Hilfe und den Geldern des Staates ein über Weltwirtschaftskrieg gegen Hamburg finanziert wurde.

„Wir haben nicht einen Bremer Skandal, sondern einen Skandal Bömers“.

sagte der Referent mit Recht. Der Angeklagte steckte auch diese bittere Wahrheit gefenken Hauptes ein.

Die Redner der Nazis und der Volkspartei hielten es für nötig, sich schützend hinter Bömers zu stellen.

Sie hielten ihm erst eine Verteidigungsrede, um sich dann in diesen Einzelheiten der sozialdemokratischen Kritik anzuschließen. Der nationalsozialistische Redner reichte zugleich einen Mißtrauensantrag gegen den Gesamtantrag ein, der erst in einer späteren Sitzung zur Abstimmung kommen dürfte.

Die Sitzung wurde am Freitag gegen 16 Uhr mit einer Rede des Bürgermeisters Dr. Spitta, Vorsitzender der Untersuchungsausschusses, eröffnet. Der Senat stellt sich im allgemeinen auf den Boden des Berichtes. Von der Lauterkeit der Motive der Leiter der bremschen Finanzen kann man überzeugt sein. Die enge Verbindung zwischen Staat und Privatwirtschaft sei alte Bremer Tradition. Ein finanzielles Risiko liege für den Staat in dem noch schwebenden Konjunktialgeschäft der Danabank. Aktien. Zu der Presseerklärung der Danabank, daß an diese Konjunktialgeschäfte nicht der Staat, sondern der Senator Bömers persönlich beteiligt sei, machte Bürgermeister Dr. Spitta die Mitteilung, daß nach dem Aktienstück vom September 1931, das dem Prüfungsausschuss vorgelegen hat, es von vornherein der Wille des Staates, d. h. der dabei für die Finanzdeputation angestellten Vertreter des Staates, gewesen sei, daß das Konjunktialgeschäft für den Staat ist, und Herr

Senator Bömers dabei nur als Treuhänder für den Staat handeln sollte.

Wenn das der Danabank gegenüber nicht klar genug zum Ausdruck gekommen sein sollte, oder für die Danabank nicht klar genug zu erkennen gewesen sein sollte, würde das nichts an der Tatsache ändern, daß das Geschäft materiell für Rechnung des Staates geht. Der Aktienanteil des Staates steht am 31. Dezember 1931 zugleich Zinsen mit rund 1.580.000 M. zu Buch und ist noch nicht bezahlt. Von dem Kurs der Aktien in den nächsten Jahren bis zur Auflösung des Konjunktums werde es abhängen, ob und in welchem Umfange ein Verlust des Staates eintreten werde. Der Senat habe sieben Beschlüsse gefaßt, die für die Zukunft größere Sicherheit für die bremsche Finanz gewährleisten und es solle in Zukunft die Grenze zwischen Staat und Wirtschaft strenger eingehalten werden. Die Zuständigkeiten und Abgrenzungen der Befugnisse innerhalb der Finanzverwaltung, die Aufsicht über Schuldendienst und Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Staatshauptkasse, und der Buch- und Kassenführung sollen neu geregelt werden. Der Inspektor der Staatshauptkasse darf in Zukunft nicht mehr im Aufsichtsrat privater wirtschaftlicher Unternehmungen vertreten sein.

Fürstehilfe des Reichsgerichts.

Preußen zur Aufwertung des Welfenfonds verurteilt.

Die Reihe der Reichsgerichtsentscheidungen zugunsten der ehemaligen Fürsten ist um eine Nummer verlängert: Soeben hat der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts als Revisionsinstanz in der Klage des ehemaligen Herzogs von Braunschweig gegen das Land Preußen entschieden, daß Preußen zur Aufwertung des Welfenfonds verpflichtet ist. Die Entscheidung erfolgte zunächst nur dem Grunde nach, so daß über die Höhe der Aufwertung noch eine weitere gerichtliche Entscheidung — zunächst der unteren Instanzen — notwendig wird.

In Erwartung eines derartigen Urteils hatte Preußen nach im Juni d. J. ein besonderes Geseß im Rahmen des Reichsgeseßes vom 16. Dezember 1929 über die Aufwertung landes- und standesherrlicher Ansprüche beschlossen. Das Reichsgericht hat jedoch dieses Geseß auf den Welfenfonds für nicht anwendbar erklärt. Verantwortlich hat es sich dabei den Standpunkt des Braunschweiger Herzogs zu eigen gemacht, daß es sich nicht um eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung, sondern um einen privaten rechtlichen Anspruch des Welfenhauses handele. Der Welfenfonds war bekanntlich nach dem Kriege von 1866 aus dem Besitz des entthronten hannoverschen Königshauses von Bismarck angelegt worden, der über die Zinsen dieses Fonds ohne jede Kontrolle verfügte und sie namentlich zur Beeinflussung der Presse — daher der Name „Replikenfonds“ — benutzte. Durch die Inflation ist der Welfenfonds, dessen ursprüngliche Höhe sich auf vierzig Millionen Mark belief, auf eine geringfügige Summe zusammengeschrumpft.

Nach dem preussischen Geseß vom 30. Juni 1931 hätte die Aufwertung etwa 8 Proz. betragen. Bei der langsam bekannten Einstellung der Gerichte ist anzunehmen, daß dem armen Braunschweiger, der als Schwiegerknecht Wilhelms besonders „bedürftig“ ist, aus den Geldern des verarmten Staates ein sehr viel höherer Betrag zugeschanzt werden wird. „Immer feste die Republik zahlen lassen“, dieser wahrhaft staatserkaltende Grundgedanke ist bei der Reichsjustiz zum Prinzip geworden.

Entenzucht im Torfbruch



Findige Berliner Laubenkolonisten haben sich in einem alten Torfbruch, der an ihr Siedlungsgelände stößt, eine kleine Entenzucht angelegt, die bisher sehr erfreuliche Ergebnisse erkennen läßt. In nächster Nachbarschaft weiden friedlich die Kühe und Pferde eines Guts-hofes.



Berlin — besonders notleidend!

Die Erwerbslosennot der Reichshauptstadt

Berlins Finanznot, in die die Stadt ohne eigenes Verschulden durch das ungeheure Anwachsen der Wohlfahrtslasten gekommen ist, wird durch die in der neuesten Notverordnung vorgesehene Hilfsaktion der Reichsregierung für die deutschen Gemeinden leider nur in sehr geringer Weise gemildert. Das Reich hat 150 Millionen Mark für die Gemeinden bereitgestellt; in dieser Summe sind jedoch die 60 Millionen Mark enthalten, die die Juni-Notverordnung bereits als Hilfe für die in Schwierigkeiten befindlichen Kommunen vorsah. Für Berlin kommt bei dieser „Reichshilfe“ ein Betrag von 13 bis 14 Millionen in Betracht. Die Stadt hat aber augenblicklich noch ein Gesamtdefizit von über 100 Millionen Mark — trotz aller Sparsamkeiten! 67 Millionen Mark stellen davon allerdings das übernommene Defizit aus dem Vorjahre dar.

Die besonders schwierige Situation der Reichshauptstadt hat ihren Grund in der Tatsache, daß Berlin zu den Städten mit der höchsten Durchschnittszahl der Arbeitslosen gehört und bei dem Finanzausgleich trotz der besonderen Aufgaben, die die Stadt als „Metropole“ des Reiches stets zu erfüllen hatte, sehr nachteilig und ungerecht behandelt wurde. Jahrelang sind Millionen von Mark der in Berlin aufgebrauchten Steuereinnahmen an andere Stadtverwaltungen geflossen.

Als einzige deutsche Großstadt hat sich denn auch Berlin gezwungen gesehen, unerfährlichen Kommunaldespotismus in Form der Bewag veräußern zu müssen.

Die durch diese Tatsache gekennzeichnete besondere Rolle der Stadt muß der Reichsregierung Veranlassung sein, alles zu tun, um Berlin vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die Notverordnung sieht neben den 150 Millionen Mark für die Gemeinden eine Summe von 80 Millionen vor, die an „besonders notleidende

Gemeinden im Einzelfalle“ gegeben werden sollen. Die Reichshauptstadt hat ein Anrecht darauf, einen nennenswerten Betrag aus diesem Fonds zu erhalten!

Columbus-Haus am Potsdamer Platz wächst.

Ein sichtbarer Beweis für das rasche Tempo der modernen Stahlblechbauweise bietet die Errichtung des Columbus-Hochhauses am Potsdamer Platz an der Bellevuestraße. Während man im August mit der Montage des Stahlgerüsts begonnen hatte, nachdem die Ausschachtungs- und Pfostenarbeiten für den Keller drei Monate in Anspruch genommen hatten, wird jetzt bereits im Oktober an der Dachkonstruktion gearbeitet, so daß nun schon das ganze Gebäude in seinen äußeren Umrissen erkennbar ist. In den unteren Stockwerken sind bereits die Füllwände und Decken gezogen worden, und man ist schon an der Arbeit, die Verblendung des Hochhauses anzubringen. Am nächsten Donnerstag soll bereits der Richtkranz errichtet werden, und man hofft auch, bis zu diesem Zeitpunkt die Treppen, wenn auch in roher Form, einbauen zu können. Die Montage des Stahlgerüsts dieses zehnstöckigen Gebäudes hat also 11 Wochen in Anspruch genommen. Der innere Ausbau des Columbus-Hauses wird zwar noch einige Monate in Anspruch nehmen, das Gebäude dürfte aber jedenfalls schon Anfang des Jahres 1932 bezugsfertig sein.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird am 16. Oktober etwa gegen 24 Uhr seine dritte Südamerika-Fahrt dieses Jahres beginnen, die wieder bis Pernambuco führt und auf der es Post auch nach Rio de Janeiro und Buenos Aires mitnehmen wird. Sämtliche Sendungen müssen spätestens am 16. Oktober, 21 Uhr, beim Postamt Friedrichshafen vorliegen.

Die Sprengstoffunde von Petershain.

Bisher 10 Personen festgenommen.

Görlitz, 9. Oktober.

Auf Veranlassung der Görlitzer Staatsanwaltschaft sind nunmehr insgesamt 10 Personen wegen des großen Sprengstoffdiebstahls aus einem Steinbruch bei Petershain festgenommen worden, und zwar außer mehreren Brüdern des in Hohenseefeld verhafteten Dienstknechtes Kurt Bertels noch ein Ehepaar Kießnick aus Petershain, sowie mehrere Personen in Kassel, die mit ihnen in Verbindung stehen.

Während Kurt Bertels vorläufig in Berlin zur Verfügung der Südböhrer Untersuchungskommission bleibt, werden die anderen neun in Görlitz von Beamten des Landeskriminalpolizeiamtes Wiegand vernommen werden. Sowohl in Petershain und Kassel als auch in Hohenseefeld sind Kriminalbeamte mit den weiteren Ermittlungen beschäftigt, und zwar handelt es sich bei den Nachforschungen in der Oberlausitz in erster Linie um die Feststellungen,

zu welchem Zweck diese großen Sprengstoffmengen beiseitegeschafft und im Walde versteckt wurden.

ferner wo der Sprengstoff geblieben ist, der in der einen letzten Blechkanne offensichtlich vor Entdeckung des Fundes aufbewahrt worden war, und schließlich muß noch die Herkunft der Zündschnüre, Leitungsfabel und elektrischen Zünder festgestellt werden. Da nun einmal in der Person Kurt Bertels eine gewisse Verbindung zwischen dieser Sprengstoff-Affäre und dem Südböhrer Attentat geschaffen ist — wobei es vorläufig noch ganz offen bleibt, ob man hier wirklich eine wichtige Spur gefunden hat — wird man natürlich auch Untersuchungen darüber anstellen, ob das in Petershain beschlagnahmte Material, insbesondere Sprengstoff, das gleiche gewesen sein kann, das in Südböhr zur Verwendung kam. Die Nachforschungen in Hohenseefeld erstreckten sich in der Hauptache darauf, ob Kurt Bertels etwa in der Zeit vom 5. bis 8. August, also in den Tagen vor dem Anschlag gegen den Frankfurter FD-Jug, sich von seiner Arbeitsstelle entfernt hat, ohne ein stichhaltiges Alibi für den betreffenden Zeitraum beizubringen.

Es erwähnen sei noch, daß Bertels mit dem Unbekannten, der die Eisenrohre und Leitungsfabel in Berlin ein tauschte, auf einen Fall identisch ist. In seinem Schlafraum in Hohenseefeld wurde bisher nichts Belastendes gefunden.

12 Todesopfer in Gdingen.

Gdingen, 9. Oktober.

Im Laufe des heutigen Nachmittags sind weitere zwei Todesopfer der Explosionskatastrophe geborgen worden, so daß sich die Gesamtzahl bis jetzt auf zwölf beläuft. Aus Warschau ist eine Ministerialkommission zur Untersuchung der Ursachen der Katastrophe im Flugzeug eingetroffen. Drei Direktionsmitglieder der Firma Gafolina, die die Gasleitungsarbeiten in Gdingen ausgeführt hat, sind verhaftet worden. Die Beerdigung der Opfer findet voraussichtlich am Sonntag statt, sie wird auf Kosten der Stadt erfolgen.

Kriminalrat Hoppe gestorben.

Einen schweren Verlust hat die Berliner Kriminalpolizei erlitten. Der 59 Jahre alte Kriminalrat Karl Hoppe ist am Freitagmorgen um 7 Uhr im Stubenrauch-Krankenhaus einem schweren Krebsleiden erlegen, das ihn schon seit Wochen an das Bett fesselte. Hoppe feierte vor wenigen Jahren noch sein 25jähriges Dienstjubiläum. Nur die ganz schweren Jungen pflegten bei ihm zu „vertehren“. Hoppe, ein gebürtiger Ostpreuße, erfreute sich bei seinen Beamten einer ungewöhnlichen Beliebtheit.

Nachwanderung durch Alt-Berlin. Die nächste Wanderung veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am Mittwoch, dem 14. Oktober, unter Leitung Georg Sambergers. Treffpunkt: 20 Uhr im Erdraim-Dampf-Pöfster, 16, Ecke Mühlendamm. Unkostenbeitrag 1 M.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN von Felix Scherret.

Natürlich kennt Harry die kleine Vizzie, die von Tag zu Tag dünner wird. Ach ja, einstmalig war sie Opernsängerin. Sie phantasiert sogar von großen Bühnen, und wenn man sie jetzt sehr reizt, baut sie sich an das Klavier und singt mit fürchterlichem Getöse die Violetta- oder Gilda-Arie. Den Hörer packt dann Entsetzen. Eine begehrte Ware, vielleicht weil die Knochen fast die Haut durchstoßen.

Das Lokal füllt sich allmählich. Harry wird vertraulich begrüßt, doch in diese Vertraulichkeit mischt sich eine Ahnung von Seriosität. Er gehört auch als Stammgast zu der anderen Welt, zur Welt an der Sonne.

„Heirate doch die Nora Marg. Sie will durchaus an den Mann kommen. Geld ist da genug vorhanden, und der Alte hat den Kappel mit der vornehmen Familie. Damit kannst du dienen. Daß du noch immer studierst, stört nicht weiter.“

„Das Geld würde mich schon reizen, die Frau weniger.“ Gert kann die auf Bamp stülfernten Haustücher nicht ertragen. „Ich sollte sie zum Weibe erwecken. Sie lud mich deswegen zum Tee ein.“ Harry schüttelt sich. „Ich und eine Jungfrau heiler...“

Gert nickt zustimmend. „Reinetwegen braucht dieser merkwürdige zoologische Typ nicht zu existieren. Komische Dinge gibts in der Natur.“

„Mensch, sei nicht dumm“, ereifert sich Harry. „Du wirst doch mit einer Jungfrau fertig werden. Und als Schwiegerjohn von Marg hast du Geld! Geld! Geld!“ schreit er ins Lokal.

Wärm entsteht. Es ist ein einziger großer Schrei der Freude. Alles drängt zur Tür, in der ein schlanker und mit erwählter Eleganz gekleideter Mann erschienen ist.

„August ist wieder da!“ Einer ruft es dem anderen zu. Jeder will dem Eintretenden die Hand schütteln. Auch in Harrys Gesicht glänzt aufrichtige Freude.

„Prost, August“, ruft er, und der Gefeierte nickt ihm liebevoll zu.

Also August Nacholl ist nach längerer Abwesenheit zurückgekehrt, zurückgekehrt zu Johnny, Marg, Poldi und wie sie alle heißen, zurück in seine Heimat, aus der ihn der Staat grausam gerissen hatte, weil August aus Versehen eine Brief-tasche, die einem Kunden gehörte, als sein Eigentum deklarierete.

Am Vormittag ist er eingetroffen, etwas bleich und abgerissen, mit wenig Geld in der Tasche, jedenfalls mit weniger, als es sich für einen untadeligen Gentleman ziemt. Aber die Unterfüttingstasche des Vereins „Starke Eiche“ ist sofort in Aktion getreten, und vor den Getreuen erscheint ein gepflegter Herr mit intelligentem, liebenswürdig lächelndem Gesicht.

August Nacholl begrüßt Gert mit einer formvollendeten Verbeugung und schüttelt warm und lange Harrys Hand.

„Freue mich wirklich, Doktor, dich wiederzusehen, und dann dank ich dir auch schön, daß du mich nicht vergessen hast.“

Harry ist wirklich ein treuer Freund gewesen. Er hat beinahe in jeder Woche ein Paket mit allerlei für einen Sträfling erfreulichen Sachen geschickt und außerdem Augusts Freundin in jeder Beziehung unterstützt.

Eine prächtige Feier beginnt. Johnny holt ein paar Flaschen französischen Sekt herauf, der ihn allerdings sehr wenig gekostet hat. Sie stammen aus dem Lager einer bekannten Firma, das in einer Nacht von unbekannten Liebhabern beschlagnahmt worden war. Auch August weiß, was sich gehört, um solchen würdigen Tag zu feiern, und Harry zückt gleichfalls die Brieftasche. Die Gemüter erhitzen sich, je schneller die Kunden geworfen werden. In Gerts Kopf hat ein Mühlerad seine Tätigkeit aufgenommen.

Harry ist glücklich. Er duzt sich mit allen, er gehört fast als rechtmäßiges Mitglied zu dieser ehrenwerten Familie, er betreut sie mit seinem Rat, er hilft, wo er kann. Wenigstens geben diese Ausgestoßenen offen zu, wovon und wofür sie leben.

Er klopf August Nacholl auf die Schulter. Es ist ein Zeichen langjähriger Freundschaft und Vertrautheit, und doch liegt in der Geste noch etwas anderes. Wohl kann sie als Ausdruck der Liebe und Wertschätzung angesehen werden. Aber sie kommt auch von oben herab. Der Mann, der sie beherrscht, stammt aus einer anderen Schicht, die sich wenigstens die Ueberlegenheit äußerer Lebensformen bewahrt hat.

August erzählt Anekdoten aus seinem Gefängnisleben. Er erzählt sehr hübsch, gut pointiert und immer leise mit der Wirkung kollektierend, ohne daß er sich aber als begnadeter Held unter Scheinwerferbeleuchtung rückt. Ach, wenn man

alle Uebertretungen der Herren Gerechtigkeitswächter zur Anzeige bringen könnte, wären die Zellen von diesen Herren bevölkert und nicht von ehrenwerten Elementen.

„Ist das denn eine Art, daß ich bei der Frau Inspektor die Decken weihen muß...“ August Nacholl war, bevor er den Beschützerberuf wählte, ein geschickter Zimmermaler. „Und als ich fertig war, bot sie mir zum Dank einen Bonbon an.“ Er lacht breit und gemütsdurchsann. „Aber der hab ichs gegeben. Fein, kann ich euch bloß flüstern. Selbst du, Harry, hättest deine helle Freude daran gehabt. Ich forderte ganz einfach einen Schnaps, und als sie sagte, das sei verboten, da meinte ich so von ungefähr, das Deckenweihen durch Sträflinge sei ebenfalls verboten. Ne halbe Flasche hab ich darauf bekommen.“

Hier wird August unterbrochen. Am Rebentisch sind zwei Herren in explosiv ausgebrochenen Streit geraten. Niemand kennt die Ursache. Vielleicht ist ihnen durch den Alkohol ein lang zurückliegendes Aergernis eingefallen. Jedenfalls hebt der eine das schwere Bierseidel und schleudert es nach seinem Gegner. Dieser ahnt die Gefahr und duckt sich schnell. Das Glas landet an Harrys Schläfe.

Das glucksende Lachen erstirbt ihm in der Kehle. Lautlos sackt er unter den Tisch.

Berlin notiert schwächer. In Danzig ist eine Panik an der Börse ausgebrochen. Ueberall herrscht selbst bombensicherer Papiere gegenüber eine vorsichtige Haltung. Ein Getreidepreis scheint sich überhaupt nicht mehr bilden zu wollen. Die deutsche Regierung erhöht den Brotpreis, und auf dem Weltmarkt sinkt Getreide ins Bodense. Rußland drückt auf den Handel, und Amerika muß folgen, ob es will oder nicht.

James wirft verärgert die Zeitung hin. Schöne Aussichten für die Zukunft! Was soll er anfangen, wenn der Kurs noch weiter absackt? Schwantk alles?

James rechnet und rechnet. Der Kaffee ist kalt geworden. Die Aktien verlangen bald einen neuen Zuschuß. Woher ihn nehmen? Wenigstens kommt heute Geld von der „Schlefschen“. James kaut an einem Brötchen, das jäh wie Leder ist. Die Zeit wird von Tag zu Tag verrückter, nicht einmal auf die Bäcker darf man sich verlassen. Es ist unerhört, was sie einem Menschen anzubieten wagen. Brötchen müssen knusprig fein, frisch und resch. Fürchterlich dieses schlecht gebadene Zeug!

(Fortsetzung folgt.)

Doppellehe einer Frau.

Die Folgen eines anonymen Schreibens.

Von einem jener lieben Mitmenschen, die das Glück ihrer Nächsten nicht vertragen, flog eines Tages ein anonymes Brief auf den Tisch des Staatsanwalts: Frau X. seit dann und dann rechtlich angeheiratete Frau des J., lebe in einer Doppellehe. Die Ruhe des Ehepaares X. war von nun an gestört; die anonyme Anzeige tat das ihrige, der Justizapparat geriet ins Rollen, es folgte Vernehmung, Anklageerhebung und gestern vor dem Schöffengericht Wedding die Hauptverhandlung.

Lebte Frau X. tatsächlich in einer Doppellehe? Sie sagte: Nein. Ich war verheiratet, das stimmt. Am 15. Februar 1920 ließ ich mich in der Provinz Kallisch (Polen) nach dreimaligem Aufgebot mit K. kirchlich trauen. In der Hochzeitsnacht wurde ich von meinem Mann infiziert, wir blieben kurze Zeit zusammen, dann verließ er mich. Mein Vater holte mich zurück. Zwei Jahre lang war ich krank und als ich gesund wurde, fuhr ich nach Deutschland. Mein Mann war und blieb verschwunden. Im Jahre 1923 lernte ich meinen jetzigen Mann kennen; ich bekam ein Kind von ihm, er wollte mich heiraten. Von meinem ersten Mann hatte ich seit fünf Jahren nichts gehört. Ich bat meine Schwester, über ihn Ermittlungen anzustellen und erhielt den Bescheid, er sei glücklich verheiratet, Vater zweier Kinder; er habe gesagt, ich soll das selbe machen, was er getan, und heiraten. Ich war überzeugt, daß unsere Ehe geschieden sei und heiratete X.

So weit die Angeklagte. Hatte sie wirklich in gutem Glauben gehandelt? War aus dem Brief tatsächlich herauszulesen, daß die Ehe mit dem ersten Mann geschieden sei? Die Angeklagte hatte jedenfalls das herausgesehen, was ihr im Augenblick und im Interesse ihres Kindes wie in ihrem eigenen lebensnotwendig erschien. Aus demselben Grunde gab sie auf dem Standesamt eine eidesstattliche Versicherung ab, daß sie früher nicht verheiratet gewesen sei. „Ich fürchte“, sagte sie, „daß widerwärtig der Vater meines Kindes, X., mich nicht heiraten würde“. Die wahrheitswidrige eidesstattliche Versicherung stand nicht zur Anklage; sie hatte einen Formfehler und war deshalb nicht rechtskräftig. Lag aber Bigamie vor? War die erste Ehe überhaupt rechtskräftig, da sie standesamtlich nicht registriert worden war? Hatte der erste Mann sich nicht in Abwesenheit seiner Frau scheiden lassen? Und hatte diese nicht geglaubt, zu einer zweiten Heirat berechtigt zu sein, in der Annahme, daß die erste Ehe nicht mehr bestehe? Das Gericht ließ die ersten beiden Fragen überhaupt unberührt; ihm genügte der Umstand, daß die Angeklagte in gutem Glauben gehandelt haben konnte; es sprach sie aus Mangel an Beweisen frei.

Die Angelegenheit ist damit aber noch nicht abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft wird nun von sich aus eine Scheidungserklärung einreichen. Ist die erste Ehe gültig, ist sie noch nicht geschieden, so wird die zweite Ehe geschieden werden müssen. Dann wird das Kind von einem ehelichen zu einem unehelichen, die Frau aus einer deutschen Staatsangehörigen wieder eine polnische Staatsangehörige. Erst durch eine nochmalige Heirat mit dem jetzigen Mann kann der Schaden wieder gutgemacht werden.

Devaheim-Standalvorm Arbeitsgericht

Die Klage des Buchhalters gegen Konkursverwalter abgewiesen.

Das Arbeitsgericht hatte sich erneut mit der Klage des Buchhalters, die der frühere Buchhalter Rose, der beim Devaheim-Konzern beschäftigt war, gegen seine fristlose Entlassung durch den Konkursverwalter Kögel angeklagt hatte. Die Entlassung Roses war erfolgt, weil er nach Auffassung des Konkursverwalters unehrlichterweise sein Sparguthaben in Höhe von 4500 Mark abgehoben hatte. Das Gericht kam schließlich zu einer Abweisung der Klage des Buchhalters. Amtsgerichtsrat Wäner betonte in der Begründung, daß Rose in zweifacher Hinsicht unkorrekt gehandelt habe, insofern als er sich Geld verschafft habe, was er sonst nicht erhalten hätte und gegen die bestehende Verfügung bezüglich der erforderlichen Gegenzeichnung verstößt. Aus diesem Grunde könne dem Konkursverwalter eine weitere Beschäftigung Roses nicht zugemutet werden, so daß die fristlose Entlassung zu Recht erfolgt sei.

Bandenüberfall im Norden.

In die Kassefiliale der Firma Reichert in der Bernauer Straße 38 drangen gestern abend, kurz vor Geschäftsloß, fünf junge Burschen ein und verlangten unter Drohungen die Herausgabe von Lebensmitteln. Einer der Burschen zog eine Pistole hervor und rief den beiden Verkäuferinnen zu: Hände hoch. Dann plünderte die Bande die Kasse, die 200 M. enthielt, und kückelten. Die polizeiliche Verfolgung verlief ergebnislos.

Auf dem Wedding wurden gestern nachmittag von einer größeren Zahl Kommunisten Flugblätter verteilt, die schwere Beleidigungen gegen Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung sowie gegen die Polizei enthielten. Als einige Beamte einschreiten und die Verteiler festnehmen wollten, kam es zu Zusammenrottungen, so daß von der Polizeieinspektion Wedding ein größeres Schupoaufgebot eingesetzt werden mußte. In kurzer Zeit wurden achtzehn kommunistische Verkehrslokale und einige Wohnungen kommunistischer Funktionäre durchsucht. Dabei wurden zahlreiche verbotene Flugblätter und Druckschriften beschlagnahmt.

acht kommunistische Schwindelmannöver.

In ihrem vergeblichen Bemühen, in die unerschütterlichen Reichen der deutschen Sozialdemokratie Vermirrung zu tragen, ist den Kommunisten jedes Mittel recht. Durch bewußte Irreführung versuchen sie immer wieder, in ihre vielfach getarnten Versammlungen und „Rundgebungen“ sozialdemokratische Arbeiter zu bekommen. Ein sehr beliebtes Verfahren ist es neuerdings, auf Handzettel, die zu irgendwelchen Veranstaltungen rufen, führende Sozialdemokraten als Korrespondenten zu setzen. Selbstverständlich denkt in Wirklichkeit kein sozialdemokratischer Redner daran, die Geschäfte der Kommunisten durch Teilnahme an einer kommunistischen Versammlung zu besorgen. Ein solcher Zettel wurde auch zu einer Versammlung verteilt, die in Alieis Sälen am 6. Oktober stattfand. Hier war der Genosse Dr. Löwenstein in großer Aufmachung als Korrespondent angezeigt. Auch hier handelt es sich natürlich um ein Schwindelmannöver.

„Im dritten Reich.“ Die im Mai d. J. gegründete Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Künstler bringt als „aktuelles Volkstheater“ (Bezirkstheater) am Sonntag, dem 11. Oktober, nachmittags 11½ Uhr, im Luisenpark, Reichenberger Str. 34, die tragische und komische Szenenfolge „Am dritten Reich“ zur Aufführung. Manuskript und Regie: Rolf Gärtner, Komposition und musikalische Leitung: F. Berzowitsch. Weitere Aufführungen und Näheres siehe heutiges Inserat.

Drei Todesopfer einer Gerichtsverhandlung

Vater und Tochter erschossen — Mörder begeht Selbstmord

Im Dorf Wernstedt in der Nähe von Magdeburg ereignete sich nach einer Gerichtsverhandlung eine entsetzliche Bluttat. Der Landwirt Bernhard Müller erschoss seinen Prozeßgegner Reinhold Holle und dessen Tochter mit einem Jagdgewehr und beging dann Selbstmord. Die Mordtat hat folgende Vorgeschichte:

Müller unterhielt eine Zeit lang mit Frieda Holle, der Tochter Reinhold Hollers, ein Liebesverhältnis, das auch nicht ohne Folgen geblieben sein soll. Der alte Mann nahm diese Beziehungen seiner Tochter sehr übel und setzte es schließlich durch, daß sie das Verhältnis mit Müller abbrach. Wohl bemühte sich Müller immer wieder, das Mädchen neuerlich für sich zu gewinnen, aber Reinhold Holle setzte diesen Bemühungen heftigen Widerstand entgegen. Es kam oft zu Zusammenstößen zwischen den beiden Männern und Müller rächte sich, indem er über den alten Holle und seine Tochter fremden Personen gegenüber nicht gerade schmeichelhafte Dinge erzählte. Die Folge dieser Redereien war, daß Holle gegen Müller eine Beleidigungsklage anstregte, die vor dem Amtsgericht in Calbe a. d. M. ausgetragen wurde. Schon vor dem Termin erklärte Müller, daß er Holle erschließen würde, wenn er den Prozeß verlieren sollte. Die Verhandlung endete damit, daß Müller wegen verschiedener schwerer Beleidigungen seines Gegners zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt wurde. Obwohl es im Gerichtssaal recht stürmisch zuging, verlief der Termin doch ohne besondere Zwischenfälle.

Nach der Urteilsverkündung kehrte Müller auf seinem Rade nach Wernstedt zurück, in kurzem Abstände von Holle gefolgt, der ebenfalls sein Rad benutzte. Als Holle an dem Hause Müllers vorbeifuhr, trachte plötzlich ein Schuß. Müller hatte ihm von hinten eine Schrotladung in den Rücken gefügt. Holle sank tot vom Rade.

Seine Tochter, die den ganzen Vorgang aus dem benachbarten Anwesen beobachtet hatte, stürzte auf die Leiche ihres Vaters zu und warf sich verzweifelt über den leblosen Körper. In diesem Augenblick ertönte ein zweiter Schuß. Der Mörder hatte inzwischen sein Gewehr wieder geladen und auch das Mädchen tödlich verletzt. Frieda Holle starb nach wenigen Minuten.

Müller flüchtete nach seiner Tat in die Scheune und jagte sich dort einen Schuß in den Kopf. Die erbitterten Dorfbewohner fanden ihn tot auf dem Boden der Scheune liegend vor.

Frau und Kind ermordet.

Geständnisbrief des flüchtigen Mörders.

Hirschberg, 9. Oktober.

Ein furchtbares Verbrechen wurde am Donnerstag, spätmittags, in Hirschberg (Riesengebirge) aufgedeckt. In der Wohnung des 50jährigen Maschinenmeisters Bochow fand man die in einer Restauration beschäftigt gewesene Wirtschafterin Martha Großje, geb. Seidel, mit ihrem sechs Monate alten Kind tot auf. Die Ermittlungen haben ergeben, daß Bochow die Großje erschossen und dem Kind durch einen Beißhieb den Schädel gespalten hat. Die Großje unterhielt mit dem in Scheidung lebenden Bochow ein Liebesverhältnis. In der Scheidungsangelegenheit hatte am Mittwoch ein Termin stattgefunden, der für den Maschinenmeister ungünstig ausgefallen war. Der Täter, der sich in einem hinterlassenen Brief selbst als den Mörder bezeichnet, ist geflüchtet und will angeblich Selbstmord begehen.

Raubüberfall im Personenzug.

700 Mark aus dem Packwagen erbeutet.

Auf den Personenzug zwischen Groß-Peterwitz und Woinowitz wurde bei dem Dorfe Jaanowitz ein raffiniert ausgeführter Raubüberfall verübt, wobei den Tätern etwa 700 Mark in die Hände fielen. Im letzten Wagen hatten mehrere junge Burschen eine Schlägerelnszenen, in deren Verlauf sie die Notbremse zogen und den Zug so zum Halten brachten. Während die Beamten des Zuges, unter ihnen auch der Beamte des Packwagens, den Streit zu schlichten versuchten, drangen zwei oder drei junge Burschen in den Packwagen ein und erbrachen den Tresor, aus dem sie dann das Geld entwendeten.

Zu dem Raubüberfall wird noch folgendes bekannt: In dem letzten Wagen, dem Packwagen, befand sich auch ein Hunderteil, in dem sich die Räuber aufhielten. Sie schnitten eine Bretterwand, die den Gepäckaufbewahrungsraum von dem Hunderteil trennt, aus und gelangten so in den Gepäckwagen. Die Frage, ob sich die Burschen, die den Geldtresor erbrachen, bereits im Zug befanden oder aber erst aufgesprungen sind, als der Zug durch das Ziehen der Notbremse zum Halten gezwungen worden war, ließ sich noch nicht feststellen. Daß sie aber mit den anderen jungen Leuten, die nach der Schlägerei den Zug zum Halten veranlaßten, in Verbindung stehen, ist mit Sicherheit anzunehmen. Zwei junge Burschen, die an der Schlägerei beteiligt waren, wurden festgenommen. Beide stammen aus Ratibor.

Die ganze Welt nach Arbeit durchtippelt.

In einer der Hauptverkehrsstraßen des Berliner Westens ist eine große Menschenansammlung; es sind weder verbeulte Autos mit fluchenden Chauffeuren, noch in Unstimmigkeit geratene Zehnbrüder, die die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich lenken, es ist auch kein entsetzlicher Piepmag, der die Leute da zusammengeholt hat.

Ein junger, wind- und weitergebräunter Mensch steht da mutterselbstallein in einem riesenhaften Kreis Neugieriger, um seinen Hals bammelt in Form eines großen Plakates seine Reiseroute, auf der sein Weg durch die Welt gezeichnet ist. Er war in Amerika und in Australien und in Europa hat er nicht ein einziges Land unbefucht, besser gesagt, unversucht gelassen, mit der Hoffnung, sich irgendwo und irgendwo sein Brot verdienen zu können. Dabei ist ihm weder rekordmäßig noch phantastisch zumute, er hat bloß das eine, höchst niedrige Gefühl — Hunger! Und weil er so ein armseliger Globetrotter ward, gehört er nun nirgends hin und niemand ist verpflichtet, für ihn zu sorgen. Unter seine Beisekarte hat er geschrieben: Ich bitte um irgendwelche Arbeit, ich kann arbeiten und will nicht betteln!

Immer mehr Menschen strömen hinzu, so daß der Schupo als Verkehrsregler bereits seines Amtes zu walten beginnt — er hat sich

jedoch bald von der völligen Harmlosigkeit des aufsehenerregenden Menschenkindes überzeugt. Der arme Teufel aber wartet, daß einer, nur ein einziger ihm den Weg weist, wie er sich Brot verschaffen kann...

Wieder Sprengkapsel auf den Schienen.

Nach dem Abmarsch der Nationalsozialisten von einer Rundgebung im Sportpalast ereignete sich gestern abend vor dem Hause Ballasstraße 2 eine laute Detonation. Die Untersuchung ergab, daß von unbekanntem Tätern eine Sprengkapsel, wie sie von der Eisenbahn zum Anhalten von Zügen benutzt wird, auf die Straßenbahnlinien gelegt worden war. Die Räder eines Straßenbahnwagens hatten die Kapsel zur Explosion gebracht. Verletzt wurde niemand.

Herbstautomesse in Berlin.

In den Tagen vom 17. bis 25. Oktober d. J. wird auf dem Ausstellungsgelände am Kaiserdamm mit Unterstützung der Sektion Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg des Reichsverbandes des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes die 2. Berliner Automesse zur Durchführung gelangen. Der in jeder Beziehung überraschend gute Erfolg der ersten Berliner Automesse im April dieses Jahres — es wurden damals 60 Proz. der ausgestellten Fahrzeuge verkauft, und an den vier Ausstellungstagen waren nicht weniger als 20 000 Besucher zu verzeichnen — hat die im Reichsverband organisierten Händler und Fabrikanten veranlaßt, diese 2. Berliner Automesse in die geräumigen Hallen des Ausstellungsgeländes am Kaiserdamm zu verlegen. Neben zahlreichen Groß-Berliner Firmen werden diesmal auch Aussteller aus der gesamten Provinz Brandenburg vertreten sein. Damit dürfte diese Automesse mehr noch als ihre Vorgängerin einen umfassenden Überblick über das Angebot an gebrauchten Kraftfahrzeugen aller Art in jeder Preis- und Stärkenklasse vermitteln und so den zahlreichen Interessenten für gebrauchte Kraftfahrzeuge eine außerordentlich günstige Auswahlmöglichkeit bieten.

Neue Sonderchau im Reichspostmuseum.

In der Postwertzeichenabteilung liegen jetzt Briefe mit den so beliebten und daher schon hoch im Preise stehenden Marken der früheren deutschen Postverwaltungen (Baden, Braunschweig, Sachsen usw.). Es sind recht wertvolle Stücke dabei, z. B. die auf Briefen so selten vorkommenden Bergedorf-Marken. Natürlich fehlt auch die erste Marke von Sachsen (roter Dreier) nicht. Die Sonderchau vermittelt auch einen Überblick über die verschiedene Art der Entwertung der Marken (Nummerstempel, Strichstempel, Ortstempel) und über die mannigfaltigen Formen der Postaufgabestempel.

Arbeiterbildungsschule.

In der Woche vom 12. bis 18. Oktober beginnen folgende Kurse:

Montag, 12. Oktober.

Seminare, Freie Kostgäste: „Grundzüge der öffentlichen Finanzwirtschaft“ um 19½ Uhr, Lindenstr. 3.
Zentraler Kursus: Dr. Alfred Braunthal: „Die schwere Krise der kapitalistischen Wirtschaft“ um 19½ Uhr, Lindenstr. 3.
Kursus für Arbeiter: Dr. G. Schlegel: „Grundbegriffe der Wirtschaft“, 20 Uhr, Reichshaus Schöneberg, 1. — Volkswirtschaft: Dr. Wilhelm Baum: „Die Frau in Wirtschaft und Kultur“, 19½ Uhr, Schule Dönhofsplatz, 20. — Sozialkunde: Dr. Otto Wäner: „Das kommunistische Manifest und die Gegenwart“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, 2. — Parteipolitik: Dr. Hans Speiser: „Das soziale Antlitz Deutschlands nach dem Krieg“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, Eingang Südost, in Tempelhofer Park. — Reichsbanner: Dr. Alfred Gurland: „Rückblick auf den Krieg“, 20 Uhr, Neue Schule, Hauptstraße.

Dienstag, 13. Oktober.

Zentraler Kursus: Rüdiger Kern: „Das Organisationsproblem der Sozialdemokratie in Vergangenheit und Gegenwart“, 19½ Uhr, Lindenstr. 3.
Kursus für Arbeiter: Dr. G. Schlegel: „Grundbegriffe der Wirtschaft“, 20 Uhr, Reichshaus Schöneberg, 1. — Volkswirtschaft: Dr. Wilhelm Baum: „Die Frau in Wirtschaft und Kultur“, 19½ Uhr, Schule Dönhofsplatz, 20. — Sozialkunde: Dr. Otto Wäner: „Das kommunistische Manifest und die Gegenwart“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, 2. — Parteipolitik: Dr. Hans Speiser: „Das soziale Antlitz Deutschlands nach dem Krieg“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, Eingang Südost, in Tempelhofer Park. — Reichsbanner: Dr. Alfred Gurland: „Rückblick auf den Krieg“, 20 Uhr, Neue Schule, Hauptstraße.

Mittwoch, 14. Oktober.

Lesekreis: Dr. Otto Wäner: „Sowjetrussland und die europäische Arbeiterklasse“, 20 Uhr, Schlosshof, Kottbuser Str. 15-11.

Donnerstag, 15. Oktober.

Zentraler Kursus: Dr. Alfred Gurland: „Das Problem der Stellungnahme“, 1. Teil: „Der wirtschaftliche Kampf“, 19½ Uhr, Lindenstr. 3.
Kursus für Arbeiter: Dr. G. Schlegel: „Grundbegriffe der Wirtschaft“, 20 Uhr, Reichshaus Schöneberg, 1. — Volkswirtschaft: Dr. Wilhelm Baum: „Die Frau in Wirtschaft und Kultur“, 19½ Uhr, Schule Dönhofsplatz, 20. — Sozialkunde: Dr. Otto Wäner: „Das kommunistische Manifest und die Gegenwart“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, 2. — Parteipolitik: Dr. Hans Speiser: „Das soziale Antlitz Deutschlands nach dem Krieg“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, Eingang Südost, in Tempelhofer Park. — Reichsbanner: Dr. Alfred Gurland: „Rückblick auf den Krieg“, 20 Uhr, Neue Schule, Hauptstraße.

Freitag, 16. Oktober.

Seminare, Freie Kostgäste: „Die Literatur in der deutschen Gegenwart“, 19½ Uhr, Lindenstr. 3.
Zentraler Kursus: Dr. Alfred Gurland: „Die Frau in der gesellschaftlichen Krise des Gegenwart“, 19½ Uhr, Lindenstr. 3.
Kursus für Arbeiter: Dr. G. Schlegel: „Grundbegriffe der Wirtschaft“, 20 Uhr, Reichshaus Schöneberg, 1. — Volkswirtschaft: Dr. Wilhelm Baum: „Die Frau in Wirtschaft und Kultur“, 19½ Uhr, Schule Dönhofsplatz, 20. — Sozialkunde: Dr. Otto Wäner: „Das kommunistische Manifest und die Gegenwart“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, 2. — Parteipolitik: Dr. Hans Speiser: „Das soziale Antlitz Deutschlands nach dem Krieg“, 19½ Uhr, Jugendheim Wilmersdorf, Eingang Südost, in Tempelhofer Park. — Reichsbanner: Dr. Alfred Gurland: „Rückblick auf den Krieg“, 20 Uhr, Neue Schule, Hauptstraße.

Wirtschaft unter falscher Führung.

Bernichtendes Urteil im Schlußbericht der Wirtschaftsenquete.

Die Arbeiten des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft — kurz Enquete-ausschuss genannt — sind jetzt abgeschlossen. In über hundert Bänden liegt ein Material über alle Zweige des deutschen Wirtschaftslebens vor, wie es umfassender nicht gedacht werden kann. Leider läßt die praktische Auswertung dieser Arbeiten noch viel zu wünschen übrig.

Eine zusammenfassende Darstellung der Arbeiten, die sich über fünf Jahre erstreckten, konnte der Ausschuss selbst infolge der Sparmaßnahmen der Regierung nicht mehr vornehmen. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn der Vorsitzende des Ausschusses Dr. Dernburg mit seinen wissenschaftlichen Sekretären es unternommen hat, als „private“ Arbeit einen Schlußbericht auf Grund der Veröffentlichungen des Enqueteauschusses zu geben (Verlag E. S. Mittler u. Sohn, Berlin).

Bei aller Vorsicht im Ausdruck kommt der Gesamtbericht zu Feststellungen, die für die Leistungen der deutschen Wirtschaftsführer vernichtend sind, ein Urteil, das um so schwerer wiegt, als Dr. Dernburg durchaus privatkapitalistisch eingestellt ist.

Wichtig erscheint uns zunächst, was in diesem Band über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft gesagt wird. Die häufig wiederholte Unternehmerbehauptung, der Staat habe in der Nachkriegszeit die Entwicklung der Wirtschaft in unzulässiger Weise bestimmt, wird zurückgewiesen. Es sind hier lediglich die bereits in der Vorkriegszeit vorhandenen Entwicklungslinien weiter verfolgt worden. „Während der Zeit der sogenannten freien Wirtschaft hat der Staat niemals darauf verzichtet, seine Erfordernisse vor diejenigen der Wirtschaft zu stellen und selbst gegen sie zu wahren“ heißt es an dieser Stelle. Daß die Wirtschaft in steigendem Maße den Staat für sich in Anspruch nimmt, ja die Übernahme „wirtschaftlicher“ Betätigung geradezu verlangt, zeigt sich in

„der wachsenden Neigung der Wirtschaft, ungünstige Risiken auf öffentlich-rechtliche Körperschaften abzuwälzen“.

Das steht in Zusammenhang mit der Tatsache, daß die deutschen Unternehmer, die so gern das Schlagwort von der „Selbsthilfe“ im Munde führen, immer weniger nach neuen Erfolgen streben, als vom Staat die Erhaltung ihres Vermögens, ihrer Rente, verlangen. So kommt es, daß „zur gleichen Zeit die Hilfe des Staates gesucht und der Staat selbst zum Gegenstand scharfster Kritik wurde (Seite 216). Diese Feststellung zeigt, was hinter dem demagogischen Geschrei der Unternehmervände, der Staat habe den Kapitalismus seiner Wesensart entleert, überhaupt steckt.

Wie wenig die Unternehmer auf die Hilfe des Staates zu verzichten geneigt sind, zeigt sich besonders deutlich

in der Preis- und Handelspolitik

seit 1925. Wenn der Aufbau der deutschen Handelspolitik mangelhaft ist, weil sich die Spanne der Zölle zwischen Roh- und Halbfabrikaten einerseits und Fertigwaren gegenüber der Vorkriegszeit verringert hat, so daß die Fertigwareneinfuhr bei vielen Erzeugnissen gestiegen ist, dann nur deshalb, weil

mächtige Interessentengruppen durch ihre Organisationen

einen Einfluß ausübten, der weit über ihre Bedeutung in der Gesamtwirtschaft hinausging. Die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe, die lediglich nach den Interessen der deutschen Rohstoffgewinnung festgesetzt sind, verschlechtern die Wettbewerbslage der deutschen Industrie. Die Methode, dem exportierenden Unternehmen die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis zu vergüten (wie man es bei Eisen mit den Awi-Rabatten macht), wird als ungenügend bezeichnet, da „die Befreiung des Inlandsabfahrs eine nicht eliminierbare (auszuschaltende) Gesamtverteuerung bewirken muß, die sich im inländischen Wettbewerb auswirkt“.

Weiterhin ist die Denkungsart der deutschen Unternehmer gekennzeichnet durch die Vorliebe des „gerechten“ Preises, die so völlig im Gegensatz zur freien Konkurrenz der „freien“ Wirtschaft steht. Dieser „gerechte“ Preis ist es, den die vielgliedrige Kartellorganisation gewährleisten soll, für den die Unternehmer vielfach staatliche Anerkennung verlangen und auch besitzen. Eine Folge dieser Vorstellung vom „gerechten“ Preis ist dann die völlige Starrheit der deutschen Marktpreise. Sie kommt zum Ausdruck „in dem starren Festhalten an überkommenen Kalkulationsmethoden und Kalkulationsjahren“. Ueberhaupt ist die Preisfestsetzung in der deutschen Wirtschaftspraxis ein dunkles Kapitel.

Bei der Aufstellung der Goldmarkbilanzen haben viele Unternehmen das aus dem Schmelzriegel der Inflation gerettete Kapital überschätzt und zugleich auch die Kraft der Betriebe, das zu hoch angelegte Kapital zu verzinsen.

Man hat nicht erkannt und man wollte vielfach auch nicht erkennen, wie große Verluste man durch den verlorenen Krieg und in der Inflation erlitten hatte. So sind die Werte häufig viel zu hoch in die Goldmarkbilanzen eingesezt worden, ein Fehler, der zur Verschärfung der deutschen Krise wesentlich beigetragen hat. Daß diese Kapitalbeträge, die nun schon jahrelang die Rechnungsgrundlagen in scharfster Form verfälschen, endlich abzuschreiben sind, kann nicht entschieden genug gefordert werden.

Die Rationalisierung ist nach dem Urteil des Ausschusses „in hohem Umfange ohne wirtschaftlichen Erfolg“ geblieben. Dafür gibt es die verschiedensten Gründe. In vielen Fällen ist ein Ausbau von Anlagen vorgenommen worden, während nur ein Umbau geplant war. Der bewußte Ausbau aber ist ohne Rücksicht auf den Umsatz stark spekulativ erfolgt. Die Berechnungen für die Wirtschaftlichkeit der Anlagen stellten sich häufig als falsch heraus, weil die Ersparnisse überschätzt.

die Kosten aus erhöhtem Kapitaldienst aber stark unterschätzt

waren.

Ein Teil der Unternehmer hat in der Beurteilung des Konjunkturabfalls Ursache und Wirkung vertauscht. Vor allem hat man in großem Umfange Betriebskapital in Anlagekapital (Selbstfinanzierung!) verwandelt und Bankkredite verbaut. Hinweise des Ausschusses, daß man dadurch die Bewegungsfreiheit der Unternehmungen einschränke, standen die Unternehmer vielfach „sehr fremd“ gegenüber! Bei solcher Mißachtung wirtschaftlicher Erkenntnisse kann es niemand wundern, daß die Produktionsfähigkeit der Industrie weit über die Absatzmöglichkeiten hinaus ausgedehnt wurde. Daß die Unternehmer nie daran dachten,

den Umsatz durch Preiserhöhung auszuweiden

und dadurch zu einer Kostensteigerung zu kommen, wird zum Teil daraus verständlich, daß „kaufmännische Eigenschaften... bei der Leitung zahlreicher Unternehmungen geringer entwickelt sind, als

angenommen wird“. Die Wünsche der Techniker haben vielfach den Sieg über wirtschaftliche Erwägungen davongetragen und durch übergroße Kapitalinvestition gewinnreiche Unternehmen in Verlustunternehmen umgewandelt.

Bei aller Anerkennung für die geleistete Arbeit, scheint uns in dem vorliegenden Bande eine überaus wichtige Seite des zur Debatte stehenden Problems zu kurz gekommen zu sein, die der Einkommensbildung, der Kaufkraft, der Nachfrage. Zutreffend wird auf Seite 152 gesagt, daß die konsumsenkende Wirkung der Kapitalinvestitionen von 1924 bis 1929 unterschätzt worden sei. Zu große Teile des Einkommens, das schon durch die Reparationszahlungen geschmälert war, sind in der Anlage von Produktionsmitteln (Maschinen usw.) festgelegt worden, so daß die Nachfrage nach Konsumgütern entsprechend geringer war. Diese Verschiebung des Verhältnisses zwischen Produktionsfähigkeit und Verbrauchsgüternachfrage mußte um so verhängnisvoller wirken, als die Anlage von Einkommen in Produktionsmitteln vielfach

eine glatte Kapitalfehlleitung

darstellte. Daß die Steigerung der Einkommen nach 1924 die entscheidende Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft war, wird wiederholt festgestellt. Um so verwunderlicher ist es, daß man einen Abschnitt über

die Rolle der Löhne als Einkommen, als Kaufkraftmenge

vergebens sucht. Der Bericht begnügt sich damit, die Löhne lediglich als Kosten darzustellen, und zwar als starre Kosten, die vielfach die Rationalisierung fördern. Das ist eine Einseitigkeit, die im Rahmen einer Schilderung des Gesamtprozesses nicht gutgehessen werden kann.

Aber soviel geht auch in dieser Frage aus dem Bande hervor: die Rationalisierung wäre auch durchgeführt worden, wenn die Löhne niedriger oder sehr niedrig gewesen wären. Und daß die Techniker über die Wirtschaftler siegen, daß auf den Umsatz keine Rücksicht genommen wurde, daß die Produktionsfähigkeit so unverantwortlich übersteigert wurde — keiner dieser Fehler wäre bei niedrigen Löhnen der deutschen Wirtschaft erspart geblieben. Die einzige Stütze für den sinkenden Umsatz waren die hohen Löhne, die man sehr mit dem Erfolg der Krisenverschärfung gekoppelt hat.

Die Krise an der Ruhr.

Umsatz des Stahltruffs um 33 Prozent, Belegschaft um 45 Prozent gesunken.

Der Rheinisch-Westfälische Stahltruff (Vereinigte Stahlwerke A.-G., Düsseldorf) veröffentlicht jetzt für das abgelaufene Quartal Juli bis September seine Produktions- und Umsatzziffern. Da das Geschäftsjahr des Unternehmens am 30. September abschließt, läßt sich somit ein Gesamtüberblick über die Entwicklung dieses mächtigsten schwerindustriellen Unternehmens in Deutschland gewinnen.

In dem abgelaufenen Quartal haben sich schärfere Schrumpfungen der Produktion nur in der Stahlherzeugung bemerkbar gemacht, die um annähernd 9 Proz. auf 824 451 Tonnen gegenüber dem vorhergehenden Quartal gesunken ist. Die Kohlenförderung dagegen und ebenso die Stahlfabrikation haben sich mit 4,21 bzw. 1,23 Millionen Tonnen fast auf dem Stande der vorhergehenden Berichtszeit erhalten. Die Hochofenleistungen an Roheisen haben sich um 4 Proz. auf rund 750 000 Tonnen gesenkt.

Die Produktionsziffern für das ganze Geschäftsjahr von Oktober 1930 bis September 1931 lassen die Montantrise in ihrer ganzen Schwere in Erscheinung treten. Es betrug die Produktion an

	1929/30	1930/31
Geschäftsjahr vom 1. Oktober bis 30. September		
Kohle	25,7 Mill. t	18,3 Mill. t
Stahls	9,3 - -	5,3 - -
Roheisen	5,3 - -	3,28 - -
Rohstahl	5,5 - -	3,7 - -

Es zeigt sich also, daß die Produktionschrumpfung bei dem Stahltruff von 29 Proz. im Bergbau bis zu 34 und 40 Proz.

Produktionsausfällen bei den Hochofen und Stahlwerken geht. Auch die Kokszerzeugung, für die erst in jüngster Zeit eine Reihe modernster Koksöfen gebaut wurden, ist um rund 40 Proz. gesunken. Bei diesem Schrumpfungsprozeß in den Betrieben bringt das rapide Sinken der Umsätze keine Überraschung. Der Gesamtumsatz an Fremde ist gegenüber dem vorhergehenden Jahr von 1261,1 auf 842,6 Millionen Mark gesunken. Der Umsatzrückgang beträgt also rund 33 Proz. Es ist dem Stahltruff also mit knapper Mühe und Not gelungen, sein Kapital von 800 Millionen einmal umzuschlagen. Wie verhängnisvoll sich das Monopol der Eisenindustrie auf dem deutschen Inlandsmarkt in der Krise ausgewirkt hat, erhellt die Tatsache, daß der Umsatz auf dem deutschen Markt von 776,6 auf 472,7 Millionen sank, also um rund 40 Proz. gedrosselt wurde, während der Auslandsumsatz trotz der Verschärfung der Weltkrise nur um 23 Proz. zurückgegangen ist. Aus dieser Gegenüberstellung gegen die katastrophalen Folgen, die das Preisbittakt der schwerindustriellen Kartellmagnaten für die verarbeitende Industrie gezeitigt hat, deutlich hervor.

Diese wirtschaftsfeindliche, den nackten Profit- und Machtinteressen der Schwerindustrie entspringende Preispolitik, die zu einer ganz gewaltigen Verschärfung der deutschen Montantrise beitrug, hat unter der Arbeiterschaft schwere Verheerungen angerichtet. Die Belegschaft, die noch Ende September dieses Jahres 134 708 Arbeiter umfaßte, ist bis Ende September auf 97 090 Mann abgebaut worden. Seit dem Herbst 1929 sind von der Gesamtbelegschaft der Betriebe in Höhe von 176 716 Mann also fast 80 000 Mann auf die Straße geschl

12⁵⁰
LACK

12⁵⁰
BRAUN BOX

12⁵⁰
SCHWARZ
WILDLEDER

MARKE SALAMANDER

SALAMANDER

Iwan Heilbut: Alte Liebe

(Schluß.)

Gleich nach dem Essen ergab sich die Gelegenheit, mit Zette Ramsen in ein Gespräch zu kommen. Und es dauerte nicht lange, so sprach ich den Namen Melanchthon Petersens aus.

Die Grefsin schweig. Wie sie mich ansah, wurde es mir sogleich zur Beweihrung, daß sie sich Peterfen gegenüber in einer Schuld fühlte... in einer Schuld, die weniger ihre eigene als die des Lebens war. Aber ich wagte nicht, von unserem Besuch bei Melanchthon ausführlich zu sprechen. Zette Ramsen zitterte leise. Da fing ich lieber vom letzten großen Unwetter an, und sie lächelte wieder mit ihren guten Augen.

Sie wohnte in der sogenannten „Abnahme“, dem Altenteil, auf dem Hof ihres Sohnes. Am späten Nachmittag, als die anderen sich beim Tanz in der Scheune eben im besten Zug befanden, äußerte sie den Wunsch, nach Hause zurückzukehren. Eine umständliche Beratung folgte, der Sohn versuchte, die Mutter zum Bleiben zu überreden, bis er auch für seine übrige Familie anspannen würde. Aber Zette wollte unerbötlich nach Hause — vielleicht hatte sie eine alten Leuten eigentümliche Sorge um die kleinen, auf dem Hof des Sohnes zurückgelassenen Kinder sie ergriffen.

Ich rief den Kaufmann beiseite und schlug vor, ich wollte die Frau in seinem Auto nach Hause bringen. Er wunderte sich, daß ich die Festlichkeit, die mir so gut gefiel, für eine Weile verlassen wollte; aber er war einverstanden. — Fünf Minuten später sah Zette im Rückspiegel des Wagens und ich am Lenker.

Wir fuhren los. Als wir an die Wegkreuzung kamen, bog ich zur Rechten ein.

„Links!“ rief Zette von hinten, „der Weg geht links!“
„Keine Angst! Es dauert etwas länger, aber der Weg ist besser!“
„Rein, der Weg ist verkehrt, ganz verkehrt...“ rief Zette.

Ich fuhr weiter, immer weiter, trotz Frau Zettes Protesten. Schon wurde die Fahnenstange vor dem Laden des Kaufmanns sichtbar. In eiligem Tempo fuhr ich an dem Hause vorbei. Und jetzt schien es, als wählte Zette mit aller Beweihrung, wo diese merkwürdige Fahrt für sie enden sollte.

„Nein, nein, nein!“ rief sie angsterfüllt.

Ich wendete mich halb zu ihr um. — „Ja, Frau Zette, was Sie denken, das stimmt. Jamohl, ebendahin will ich mit Ihnen. Und wissen Sie auch, warum? Weil Sie ihm, zu dem wir jetzt wollen, in diesem Leben noch etwas schuldig sind. Und wissen Sie, wem außerdem Sie noch etwas schuldig sind? Sich selber! Jamohl, Zette Ramsen. Wie ich vorhin seinen Namen aussprach, da ist es Ihnen unter die Augen gestiegen, da haben Sie aus, als wären Sie sich einer Schuld bewußt.“ (Eben dasselbe Gesicht machte sie in diesem Augenblick.)

„Und mit genau demselben Blick, der etwas erwartet und doch nichts magt, der in grauenhafter Angst das „zu spät“ fürchtet und doch weiter nichts kann, als in die sich nähernde Stunde starren, die alles unabänderlich macht — mit genau demselben Blick hat auch er mich angesehen. Sehen Sie, da find wir schon.“

Die Fenster seines Hauses waren wie immer geschlossen. — „Melanchthon Petersen!“ schrie ich, „Melanchthon Petersen! Kommen Sie raus!“

Und es ging leichter, als ich's mir vorgestellt hatte. Melanchthon war wie erwartet am Fenster, aber er öffnete es auch. Sein gelbes Gesicht mit der uralten bestickten Kappe erschien, in den Augen die Erwartung, die stumme, lautlos schreiende Frage seines Lebens — seine Züge waren so gewaltig verzerrt, als hätte ihm seine Ahnung eingeklickert, daß diese Stunde die Entscheidung für ihn bereit hielt.

„Melanchthon Petersen!“ schrie ich ihm zu, „heraus mit Ihnen! Kommen Sie! Sehen Sie nichts — Zette Ramsen ist da!“

Ich wendete mich zu ihr um. Sie hatte die kleinen verrunzelten Grefinnensfinger vor's Gesicht gelegt, ihr Kopf machte laufend kleine Bewegungen. In ihrer Erschütterung löste sich die Beunruhigung vieler Jahrzehnte und die lange heimliche Angst vor diesem Augenblick.

Peterfen aber stand unbeweglich am Fenster, nur sein Kopf zitterte und die weißen Haare unter der Kappe bewegten sich. Er starrte zu uns hin — und es schien mir, als verwandelte sich die ungeheure Spannung, die ihn beherrschte, in einen Triumph. Da war Zette Ramsen? Zette Ramsen war da!

Wie? Hatte der alte zweiundneunzigjährige Herr einen Kappel bekommen? Spielte er nun den stolzen Mann, der nicht den ersten — nein, nicht einmal den zweiten Schritt tun will? Was? Das wäre ja nicht wenig zum Lachen? He? Er hatte wohl noch nicht lange genug auf seine Zette gewartet! Ein halbes Jahrhundert genügte ihm wohl nicht!

Ich fuhr wie der Teufel aus dem Auto heraus und in's Haus hinein. Durch die Spinnweben hindurch, nahm ich ihn sozusagen beim Kragen. Ich führte ihn am Arm über die Schwelle in's Freie. In seiner imponierenden Größe gewaltig und demütig und voll Veröhnung und Liebe — stand er am Auto, und sagte:

„Zette... Zette...“

Da nahm Zette Ramsen die Hände von ihrem Gesicht, sie sagte kein einziges Wort, sie las nur, las in seinem Gesicht, las ein Buch, das an Umfang und Inhalt für sie so gewaltig war wie die Bibel... In einem einzigen Augenblick las sie das alles — und im nächsten waren ihre Augen und Wangen in Tränen gebadet.

Ich führte Melanchthon in den Wagen hinein. Langsam, siegreich, demütig setzte er sich an ihrer Seite, zweiundneunzig Jahre und achtzig Jahre, sie sahen nebeneinander und sahen sich an. — Ich setzte mich vorn. Sachte fuhr ich in der Landschaft herum. Ich hörte ihre Unterhaltung hinter mir:

„Zette... Zette...“ — „Ja... Ja... Melanchthon... Du bist es...“ — „Ja... ja... Das... das bin ich wohl... Ja...“ — „Ja... ja... Du... Ach du...“ — „Ja... Zette... Ja...“

Ja, diese beiden, sie waren gesprächig, sie hörten gar nicht auf, miteinander so zu sprechen. In einem Seitenweg hielt ich an, kletterte heraus und setzte mich achtzig Schritte vom Wagen entfernt unter einem Busch. Es war still. Grillen sangen. — Da hinten sah also Melanchthon bei seiner Zette, mit der — und keiner anderen! — er vor länger als einem halben Jahrhundert seine Rachkommenschaft hatte zeugen wollen. Ich wußte selber nicht ganz genau, ob mir zum Lachen oder zum Weinen zumute war.

Die Sonne war hinter dem Bald verschwunden, ein abendlicher Wind fuhr den Federn Hoch's Haar — da kehrte ich zum Wagen zurück. Ich pfiff einen Hochzeitsmarsch und schaukelte mit meinem Pärchen heimwärts. Vor seinem Hause half ich Herrn Peterfen heraus. Als er draußen stand, nahm er meine Hand mit seinen beiden, weißen aber breiten Hände, er preßte sie, als wollte er mich festhalten. Dann winkte er uns nach, bis wir hinter der nächsten Biegung verschwunden waren. Seine Gestalt gestrafft, die Angst war aus den Augen heraus, er leuchtete — so habe ich Melanchthon Petersen in Erinnerung, wenn ich an ihn denke. Und ebenso Zette Ramsen... die ich an jenem Abend wohlbehalten zur „Abnahme“ brachte, wo sie mit einem herzlichen Blick von mir Abschied nahm.

Ob sie sich später noch einmal besucht haben? Ich weiß es nicht. Wenige Monate später ist Melanchthon Petersen gestorben. Ich mache mir nicht den Vorwurf, daß die Aufregung jener Stunde sein altes Herz zu mächtig in den Augen hat heben machen: Es war die schönste Stunde seines Lebens.

Hast; Schubart erhielt einen freundlichen Aufnahmestempel, durfte nach zwei Jahren auch wieder schreiben, bekam „Festungsfreiheit“ und konnte Besuche empfangen. Frau und Kinder durften ihn allerdings erst nach achteinhalb Jahren besuchen. Der Merkwürdigste ist vielleicht, daß Schubart, sobald er sich wieder im Maxon der Festung frei bewegen durfte, von dem Kommandanten auch sofort eingesperrt wurde, um ihm selbst und der auf dem Asperg stationierten Soldateska das Leben angenehm zu machen. Schubart erhielt den Auftrag, eine „Komödie“ einzurichten; er hatte Festprologe zu den Geburtstagen des Kommandanten, des Herzogs, seiner Rätresse usw. sowie lustige Singspiele zu dichten und für ihre Einstudierung zu sorgen. Später wurde Schubart auch die „Gnade“ zuteil, den Kindern der Festungsgewaltigen Unterricht zu erteilen, ja, er durfte sogar den Schulmeistern der Umgegend Vorlesungen halten. Außerdem erlaubte ihm der Herzog, eine Sammlung seiner Gedichte herauszugeben. Den Verlag der Gedichte übernahm sogar die herzogliche Akademiedruckerei und erzielte damit ein ausgezeichnetes Geschäft; der Herzog machte sich kein Gewissen daraus, seinen Gefangenen mit tausend Talern abzufinden, selbst aber an die zweitausend Taler einzufaden.

Schubart entfaltete auch auf dem Asperg eine erstaunliche Produktivität. Noch als er ohne Schreiberelaubnis im dumpfen Kerkerloch schmachtete, diktierte er einem Mitgefängenen durch ein Loch in der Wand seine Lebenserinnerungen. Was er schrieb und komponierte, ist freilich in seinem Wert höchst ungleichmäßig. Natürlich klingt in den Versen dieser Zeit auch manchmal die Sehnsucht nach Befreiung an. Aber der Ton der Empörung über das erlittene Unrecht, ein Ausschrei des Hasses gegen die Tyrannei, die ihm das Unrecht auferlegt, der findet sich eigentlich nur einmal: eben in der „Fürstengruft“, die 1780 entstand. Damals hatte der Herzog Neukirchen getan, die Schubart auf rasche Freilassung hoffen ließen. Aber es zeigte sich, daß der Herzog sein Wort nicht hielt. Da stammte der alte Feuergeist in Schubart wieder einmal auf, und die ankläugerischen Verse strömten aus übervollem Herzen.

Das heißt, was wir heute in den Gedichtsammlungen als „Fürstengruft“ finden, wurde damals von Schubart nur teilweise diktiert; nämlich nur soweit, wie dies Gedicht eine Abrechnung mit den despotischen, sittenlosen Gottesgnadenmännern enthält. Später fügte sich Schubart verpflücht, den ersten 13 Strophen noch eine Reihe weiterer Verse anzuhängen, Strophen, die den „guten“ Fürsten gewidmet sind und ihre Ruhe, ihre Urständ feiern:

„Ihr aber, bestre Fürsten, schlummert süße
Im Nachtrabe dieser Gruft!
Schon wendet euer Geist im Paradiese
Geschäft in Blütenluft“ ...

Schubart war nie ein besonders starker Charakter gewesen — nun war er vollends verängstigt. Er verbot die Spitze seiner Anklage, um den Herzog nicht noch mehr zu reizen. Soll man ihm daraus einen Strich drehen? Der Weg zur Freiheit führte ja nur über die Gnade des Herzogs. Im übrigen hat dieses Anhängsel der späteren Verse seiner „Fürstengruft“ im Ohr der Ritterswelt und der Nachwelt nie die ankläugerische Tendenz genommen.

Schubart empfing, wie sein Sohn berichtet, die ersten Anregungen zu seinem Gedicht schon in einer Zeit, da er aus Ludwigsburg ausgewiesen, unweit das Land durchwanderte; ein Besuch in der Gruft der bayerischen Kurfürsten in München soll den Gedanken an die Dichtung in ihm geweckt haben. Nicht ohne Einwirkung blieben wohl auch Verse seines Ulmer Freundes Johann Martin Miller, der einen Todesengel an die Bahre eines Fürsten stellte und mit den Untaten des Toten scharfe Abrechnung halten ließ. Es handelte sich hierbei freilich um sehr viel weniger einträgliche und schlagkräftige Verse als jene, die dann Schubart formte.

Burde Schubart durch eine andere Dichtung angeregt, so wirkte auch seine „Fürstengruft“ wieder auf spätere Dichter anregend. Unter anderen stand der junge Schiller, der Schubart auf dem Hohenasperg besuchte, sicherlich unter dem Eindruck der Schubartischen Verse, als er sein Gedicht von den „Schlimmen Monarchen“ niederschrieb. Andere, weniger bedeutende Poeten zehrten gleichfalls von dem Schubartischen Fluch über die Despoten.

Ein Wort noch über den Ausgang Schubarts: 1787 schlug ihm endlich die Stunde der Freiheit. Und nicht nur das: sein Feiniger, der ihn zehn Jahre lang auf dem Asperg festgehalten hatte, verband seine Entlassung nun auch noch gleich mit einer Ernennung zum Herzoglichen Büchtembergischen Hofdichter und Direktor des „Deutschen Theaters“ in Stuttgart. Freilich entsprang diese Beförderung wohl weniger einer Anwendung von Großmut als sehr materiellen Erwägungen. Ganz abgesehen davon, daß Schubart auf dem Hohenasperg beachtenswerte Proben sowohl in schmeichlerischer Festprologdichtung als im Arrangement unterhaltlicher Vorstellungen abgelegt hatte — Karl Eugen wußte, daß er einem begabten, aber müde gewordenen Manne so am besten den Mund stopfen konnte. Er verpöbelte sich nicht. Schubart nahm nicht nur den Posten an —, er verließ ihn auch ungeschicklich: ein leises Grauen überkommt einen, wenn man die Schubartischen Festdichtungen der folgenden Jahre liest, in denen er seinen Herzog als Hort der Gerechtigkeit, als Schützer aller Bedrängten, als Tröster aller Leidenden feiert. Ganz freilich war sein Feuer, seine Kampfnatur, sein Freiheitsdrang noch nicht erloschen. In der „Chronik“, die er wieder aufleben lassen durfte, fand er noch manch schönes, kerniges Wort für die Ideale der früheren Zeit, hier begrüßte er sogar herzhafte die französische Revolution. Nur fehlte die starke, zwingende Einheit der Befinnung ...

Langsam durfte Schubart sein äußerlich nun recht behagliches Leben nicht mehr genießen. Am 10. Oktober 1791 riß ihn ein Schleimsieber dahin. Im Volke hieß es später, er sei lebendig begraben worden. Das ist gewiß eine Legende. Aber richtig ist: sein leiblicher Tod endete nicht das Leben seiner Werke im Volke. Manches seiner vollstimmlichen Lieder wird noch heute gesungen. Und mit ihnen hielt sich, weit über ein Jahrhundert hinweg, das stärkste seiner politischen Gedichte, die „Fürstengruft“.

Einfache Lösung

Die sexuelle Frage ist in Sowjetrußland ein viel erörtertes Problem. Bieder einmal sah in Moskau ein privater Zirkel zusammen und diskutierte leidenschaftlich über die Form von Ehe und Familie und über die Schwierigkeiten, die der befriedigenden Lösung des Sexualproblems entgegenstehen. Da beseitigte Ra d e t z mit einem Schlag alle Schwierigkeiten, indem er erklärte: Die Sache ist doch ganz einfach. In grauer Vorzeit herrschte das Patriarchat; später kam das Patriarchat, und heute erbleibt das alles das Sekretariat!

Giftige Weibchen. Im Meere lebt ein Wurm, Bonellia genannt, der dadurch merkwürdig ist, daß die Weibchen mehrere Zentimeter, die Männchen dagegen nur einen Millimeter lang sind und sich lebenslang als Parasiten im Darm oder den langen Kopfschlappen der weiblichen Tiere aufhalten. Nach den Feststellungen des Forschers Balzer soll nun die Ursache des so auffälligen Kleinwuchses der Männchen darin liegen, daß in den Körpergeweben der Weibchen, namentlich in den Kopfschlappen, ein Gift enthalten ist, durch das das Wachstum der Männchen verhindert wird. Die Wirkung dieses giftigen Stoffes zeigte sich schon, wenn man dem Wasser, in dem Bonellia-Würmer lebten, das Gembegift befügte, oder die Männchen mit den Geweben der Weibchen kulturete. Auch auf andere Seetiere wirkte das Gift schädigend ein.

Siegfried Nestriepke:

Die „Fürstengruft“ und ihr Dichter

Zum 140. Todestage von Chr. Fr. D. Schubart

Da liegen sie, die stolzen Fürstentrümmer,
Ehmal die Höhen ihrer Welt!
Da liegen sie, dem furchterlichen Schimmer
des Massen Tags erbleit! ...
Da liegen Schadel mit verlassenen Blicken,
Die ehmal hoch berabgedroht,
Der Menschheit Schrecken! Denn an ihrem Nicken
hing Leben oder Tod.
Nun ist die Hand herabgefaßt zum Knochen,
Die oft mit koldem Federzug
Den Wesen, der am Thron zu laut gesprochen
In harte Fesseln schlug ...
Ebrecht, Höflinge, mit Ehrfurcht auf der Lippe,
Nun Schmeicheln ins taube Ohr!
Beräucher das durchschlauchtige Gerippe
Mit Weidrauch, wie zuvor!
Es steht nicht auf, auch Weisheit zulächeln
Und wieder keine Lote mehr,
Damit geschminte Josen ihn beschämen,
Schamlos und geil — wie er.

Bis in die jüngste Vergangenheit hinein lebten diese Verse aus Schubarts „Fürstengruft“ in den Herzen aller, die mit einem Gefühl der Empörung sahen, wieviel Anmaßung, Unfähigkeit und Gemeinheit sich auf Fürstenthronen breit machte. Die „Fürstengruft“ konnte nun vor wenigen Monaten ihren 150. Geburtstag feiern, und heute, am 10. Oktober, ist es 140 Jahre her, daß ihr Verfasser, Christian Friedrich Daniel Schubart, in Stuttgart starb.

Schubarts „Fürstengruft“ ist der Ausschrei eines gequälten Herzens, der Protest eines, der allen Anlaß hatte, gegen das Willkürregiment derer von Gottes Gnaden zu protestieren. Als Christian Schubart sein Gedicht niederschrieb — oder richtiger: einem anderen in die Feder diktierte —, sah er seit mehr denn 3 Jahren als Gefangener des Herzogs Karl Eugen von Württemberg auf dem Hohenasperg, ohne Gerichtsverfahren, ohne Urteil, ja, ohne daß ihm auch nur der Grund seiner Verhaftung angegeben worden war. Und wie war sie erfolgt! Schubart wohnte 1777, als er gefangen gesetzt wurde, gar nicht in Württemberg; auch war er keineswegs württembergischer „Untertan“; nur daß er lange vorher einige Jahre in Ludwigsburg als Stadtdiorganist gewirkt hatte. Seit 1775 lebte er in Ulm. Aber da erschien bei ihm in der Maske eines guten Freundes der Amtmann des württembergischen Dertdens Blaubeuren; der lud ihn unter nichtigem Vorwand zu einer Schlittenpartie in seinen Wohnort ein. Kaum aber hatte Schubart das Haus des Amtmanns betreten, so erschienen Karl Eugens Soldaten, verhafteten ihn und schlepten ihn wie einen Schwerverbrecher zur Festung. Dort wohnte der edle Herzog selbst der Einlieferung bei, seine tugendpuffelnde Rätresse Franziska von Leutrum, später von Hohenheim, die er ihrem Gatten für 20 000 Gulden abgekauft hatte, als Begleiterin neben sich.

Man hat allerlei Untersuchungen darüber angestellt, was den Herzog veranlaßt haben könnte, Schubart in so hinterlistiger Art gefangen zu setzen und 10 Jahre hindurch — denn so lange dauerte Schubarts Haft — gefangen zu halten. Ganz klar sieht man jedoch nicht. Wahrscheinlich wirkte verschiedenes zusammen. Schubart, der nicht nur ein bedeutender Dichter und dazu ein heroischerer Musiker und Komponist war, hatte sich in Ulm auch journalistisch betätigt. Er gab eine Halbwochenschrift mit dem Titel „Deutsche Chronik“ heraus, die mit Recht weithin Aufsehen erregte und viele Leser fand. Diese „Chronik“, mit einer sonst nicht bekannten Freisicht geschrieben, verfolgte zwar keine revolutionären Tendenzen, aber sie trat doch für politische Freiheit ein, sie forderte ein Deutsches Vaterland über alle Kleinstaaterei hinaus, sie kämpfte gegen Pfäfferei und Servilismus, sie schoß manchen Pfeil gegen die herrschenden Mächte ab. Einzelne Anspielungen mochte der Herzog von Württemberg auf sich beziehen und übernehmen. Immerhin erklären sie noch nicht sein schroffes Vorgehen gegen Schubart. Wahrscheinlich trug dazu auch Einschüchterungen anderer Personen bei, mit denen Schubart in offener Feindschaft lag. Vielleicht wirkten auch Erinnerungen an jene Zeit mit, da Schubart in Ludwigsburg als Stadtdiorganist tätig gewesen war. Schubart hatte damals in Ludwigsburg Umgang mit den „höchsten Kreisen“ gehabt und war als Musiker gewisser Hofdamen in verschiedene Abenteuer verstrickt gewesen. Möglicherweise, daß Karl Eugen nachträglich von Beziehungen erfuhr, die seinen Zorn erregten.

Wie dem auch sei, — ungeschicklich und gemein blieb die Verhaftung Schubarts auf jeden Fall. Und wie grausam setzte man ihm auf dem Hohenasperg zu! Anderthalb Jahre mußte er in einem engen dumpfen Loch mit faulendem Stroh liegen, ohne jeden Verkehr mit der Welt, ohne jede Arbeit und ohne jede Schreibgelegenheit. Als er versuchte, Gedanken und Verse mit einer Dichtschere in die Wand zu rufen, wurde ihm die Schere entzogen. Ebenso ging es mit einer Hefenschnalle. Noch schlimmer war vielleicht, daß der Herzog Schubart nicht nur bestrafen, sondern auch „bessern“, d. h. zu einem braven, gottesfürchtigen, von seiner Rindermercklichkeit durchdrungenen Untertanen machen wollte. In diese Aufgabe teilten sich der Kommandant und der Festungsgewaltigen, während der Detonationshilling in Ludwigsburg, einst Schubarts Vorgesetzter, die Oberleitung hatte. Von dem Geiste dieses edlen Mannes gibt ein Schreiben an den Garnisonprediger auf dem Asperg Kunde, in dem gesagt wird, von einer Besserung Schubarts könne nicht eher die Rede sein, „als bis er sich selbst anstirnt, physice et moraliter“. Nun, es gelang den vereinten Bemühungen seiner Kerkermeister und den seelischen Auswirkungen der Haft, Schubart so weit zu bringen. Der starke Mann brach zu sammen; er sah die Einferkung als „verdiente Strafe“ für ein gottloses, unwürdiges Leben an; er marterte sich mit Selbstverwürfen, schmor alle Widerschicklichkeit gegen das Dogma der Kirche ab und überschlug sich in Ausbrüchen einer entsetzlichen Selbsterniedrigung.

Als man ihn soweit hatte, gab es gewisse Widerungen seiner

Erpressermethoden.

Wie unter Hugenbergs Leitung Politik und Geschäft verquirit wurden.

Im preussischen Untersuchungsausschuss, der die wiederholte Staatshilfe für bankrotte Hugenberg'sche Unternehmen zu prüfen hat, kam in der letzten Sitzung folgende Sprache: Der Präsident Articus, ehemaliger Ministerialdirektor im Preussischen Landwirtschaftsministerium, sagte als Zeuge aus, daß die Hugenberg'sche Landbank sich im Sommer 1925 mit dem dringenden Ruf um finanzielle Hilfe in Gestalt eines Kredites von mehreren Millionen an das Landwirtschaftsministerium gewandt habe. Er, der Zeuge, habe darauf eine Revision der Landbank durch den Staatsbankkommissar Richter vornehmen lassen. Diese Revision habe starke Verluste der Landbank durch völlig außerhalb der Siedlungstätigkeit liegende Spekulationsgeschäfte festgestellt. Daraufhin habe der Zeuge die Geschäfte für brenzlich gehalten, da man nie wissen konnte, wie weit solche Spekulationsverluste gingen, und die Kreditergabe abgelehnt.

Berichterstatter Kuttner: „Auf Grund des Richterschen Gutachtens? Gerade auf diesen „allerersten Sachverständigen“ hat sich die Hugenberg-Sekte fortgesetzt für den guten Stand der Landbank bezogen.“

Zeuge Articus mit vielsagendem Lächeln: „Ich habe aus meinem Revisionsbericht jedenfalls den Schluß gezogen, die Finger von der Sache zu lassen.“ — Der Zeuge bedunzelt dann weiter,

daß Hugenberg persönlich bei ihm gewesen sei,

um für die Landbank eine Staatshilfe herauszuholen. Dabei habe Hugenberg den Vorschlag gemacht, der preussische Staat solle doch ein größeres Aktienpaket der Landbank erwerben.

Als Preis forderte Hugenberg erst 39, dann den „Vorzugspreis“ von 32 Mark je 1000-Papiermark-Aktie.

Dies lehnte der Zeuge ab, da die Aktien des (unmittelbar vor dem Konkurs stehenden — Red.) Unternehmens tatsächlich wertlos waren, und da der Staat nur im Interesse der bedrohten Siedler, aber nicht der Aktionäre einzuspringen bereit war. Da Hugenberg hartnäckig bei seiner 32-Mark-Forderung blieb, hat der Zeuge die Verhandlung abgebrochen.

Berichterstatter: „Es war also lediglich der von Hugenberg geforderte hohe Preis der Punkt, an dem die Verhandlungen scheiterten?“ — Zeuge Articus: „Ausschließlich.“ — Berichterstatter: „In der Presse des Herrn Hugenberg ist aber die Sache ganz anders dargestellt worden. Nach der Generalversammlung der Landbank vom 9. Dezember 1925, die nach dem Scheitern der Verhandlungen tagte, und in der der Aufsichtsratsvorsitzende Hugenberg die preussische Regierung auf das heftigste angriff, erschien im „Berliner Lokal-Anzeiger“, also einem ausgesprochenen Hugenberg-Organ, ein Leitartikel unter dem bezeichnenden Schlagzeilen

„Preußen gibt kein Geld mehr für die Siedlung. — Ein Schlag gegen die Ostmark.“

Der Artikel behauptet, daß die preussischen Amtsstellen über die Landbank eine „Kreditperre“ verhängt hätten, um sie „zu Grunde zu richten“, ohne daß dafür irgendein plausibler Grund vorhanden sei. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Die wahren Gründe (der angeblichen Kreditperre) liegen, das ist keinem Eingeweihten zweifelhaft und unbekannt, ganz anders. Sie sind von Geheimrat Hugenberg mit aller menschenswerten Deutlichkeit gekennzeichnet worden und man muß sie als ein bedauerliches Beispiel dafür brandmarken, wie weit sich nachkommenerische Geschäftigkeit und Unsauberkeit gegenüber den politischen Andersdenkenden auch in der staatlichen Wirtschaftspolitik des Landes Preußen geltend zu verschaffen verstanden haben. Es wird Pflicht eines jeden Staatsbürgers und Volkswirtes sein, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß in derartige Dinge gründlich hineingeleuchtet und ihrer Wiederholung vorgebeugt wird. Es läßt sich im Augenblick nicht übersehen, wie weit durch Eingreifen des Parlaments oder anderer Stellen noch etwas zu retten

ist. Aber es scheint beinahe unabwendbar, daß durch Mißbrauch politischer Macht zur persönlichen Verdrängerung und Schädigung eines politischen Gegners... das Schicksal der Landbank besiegelt ist...“

Die maßgebenden Herren in den preussischen Ministerien, die es fertigbekommen haben, dem Deutschland einen derartigen Schaden zuzufügen, dürfen in der Geschichte in wenig rühmlichem Sinne fortleben...“

Den vermeintlichen Rabelstichersack gegen den politischen Gegner, den preussische Minister und Ministerialräte gestern zerlegt haben, werden die notleidenden Siedler und Nichtlinge aus dem Osten, die preussischen Steuerzahler und die ideal gesinnten Aktionäre (III) zu tragen haben.“

Zeuge Articus: „Was in dem Artikel steht, ist vollkommen unwahr.“

Berichterstatter: „Wuß man nicht diesen Artikel, der am Tage nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen erschienen ist, als

ein politisches Erpressungsmanöver

auffassen? Wüssen nicht insbesondere die maßlosen Angriffe gegen die Herren des Landwirtschaftsministeriums, die durchsichtige Drohung mit dem Parlament und „anderen Stellen“ so gedeutet werden? —

Zeuge Articus (wieder vielsagend lächelnd): „Ich persönlich habe mich nicht erpreßt gefühlt. Als Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium war ich Presseangriffe gewohnt. Im übrigen kann ich nur wiederholen, daß die tatsächlichen Umstände des Artikels völlig aus der Luft gegriffen sind. Es ist namentlich unerhört, daß dem Landwirtschaftsministerium hier Schädigung des Deutschtums nachgesagt wird.“

Berichterstatter Kuttner: „Und das

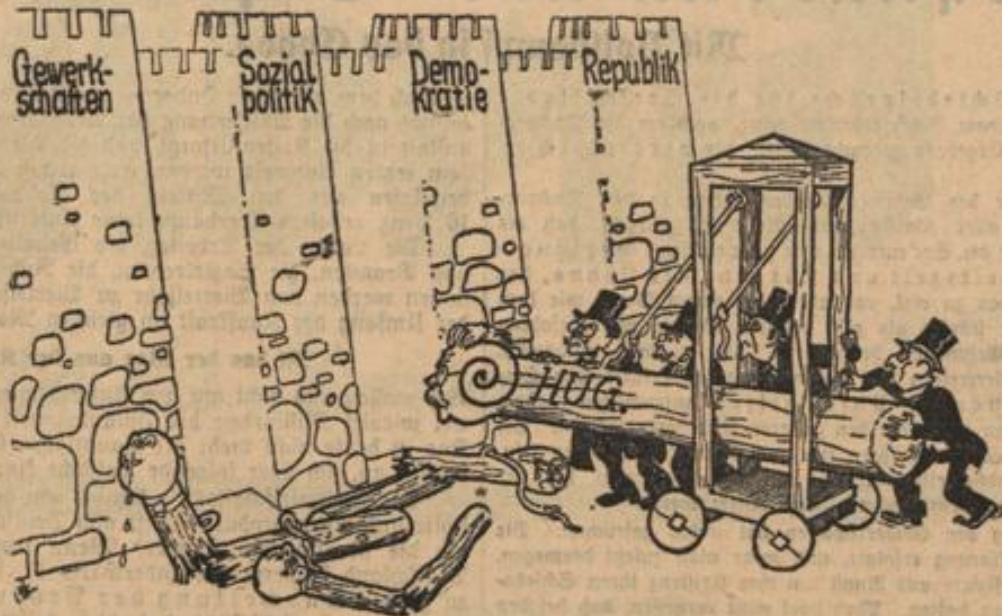
alles nur, weil man dem „ideal gesinnten Aktionär“ Hugenberg bjm. seiner Ostdeutschen Privatbank nicht den verlangten unbilligen Preis von 32 Mark pro Aktie zahlen wollte!“

Bei diesen Worten erhebt sich bei den deutschnationalen Hugenberg-Beschützern im Ausschuss lebhaftes Unruhe, die den Berichterstatter zu folgender Bemerkung veranlaßt:

„Ich glaube mich verpflichtet, dies hervorzuheben, weil der Vorgänger des Herrn Hugenberg im Parteivorstand der Deutschnationalen Partei, der verstorbene Helfferich, sich bei bekannter Gelegenheit so überaus heftig gegen die Verquiritung von Politik und Geschäft gemeldet hat, und weil hier ein Hugenberg-Organ mit den Mitteln politischer Verbindung ein Ministerium angriff, weil dieses ein sehr zweifelhaftes Geschäft mit einer Hugenberg'schen Bank abgelehnt hat.“

Genosse Bartsch, der Präsident des Preussischen Landtags, der erkrankt ist, muß bis auf weiteres das Wort hüten. Er wird in der kommenden Landtagsagung den Vorsitz nicht führen können.

Der Sturmbock der Schwerindustrie.



Unsere bisherigen Sturmbocke waren zu schwach, versuchen wir es mal mit dem „Sturen Bock“

Genfer Rat telegraphisch einberufen

Zuspitzung des Konfliktes China—Japan.

Genf, 9. Oktober. (Eigenbericht.)

Angesichts der ersten Lage in der Mandchurei hat Präsident Lercour den Völkerbundsrat auf Dienstag, den 13. Oktober, telegraphisch nach Genf einberufen.

Im Auftrag des Ratspräsidenten hat der Generalsekretär am Freitag an alle Ratsmächte ein Telegramm gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß der Vertreter Chinas auf Grund der schwerwiegenden Nachrichten die sofortige Einberufung des Rates gefordert habe. Der Präsident habe daher die für den 14. Oktober vorgezogene Ratsagung schon zum 13. Oktober einberufen. Die Regierungen der Ratsmächte werden in dem Telegramm aufgefordert, die von ihnen gesammelten Erhebungen über die Entwicklung in der Mandchurei so schnell als möglich einzusenden. In einem zweiten Telegramm an die Regierungen von Japan und China erinnert der Ratspräsident energisch an die vor dem Rat eingegangenen Verpflichtungen beider Länder, sich jeder Handlung zur Verschärfung der Lage zu enthalten und sofort Maßnahmen gemäß den abgegebenen Versicherungen zu ergreifen.

Der englische Außenminister und der französische Außenminister werden der Ratsagung beiwohnen.

Ben entsendet Deutschland?

Wie wir erfahren, beabsichtigt das Auswärtige Amt, als deutscher Vertreter auf der außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates den Gesandten von Rutius nach Genf zu entsenden. Für Frankreich wird Briand, für England Lord Reading, und sicher werden noch andere Außenminister an dieser Beratung persönlich teilnehmen, weil man allgemein angesichts der neuen Zuspitzung des Konfliktes zwischen Japan und China dieser Sonderagung des Rates eine außerordentliche Bedeutung beimißt.

Unter solchen Umständen wäre es nach unserer Meinung ein schwerer tatsächlicher Fehler, wenn sich Deutschland auf einer so wichtigen Tagung von einem Diplomaten vertreten ließe, der jedenfalls nicht die persönliche Autorität hätte, um der Stimme Deutschlands in Genf das nötige Gewicht zu verschaffen. Herr von Rutius mag an sich ein brauchbarer Diplomat sein; er war zuletzt viele Jahre Gesandter in Bukarest, da er aber für einen Botschafterposten niemals auch nur genannt wurde, dürfte man selbst in der Wilhelmstraße nicht daran gedacht haben, ihn für größere Aufgaben zu verwenden.

Nachdem durch den erzwungenen Rücktritt von Dr. Curtius das Außenministerium zur Zeit verwaist ist und nur kommissarisch vom Reichskanzler Brünning mitverwaltet werden soll, ist es gewiß nicht leicht, den geeigneten Mann nach Genf zu entsenden. Der Reichskanzler selbst kommt natürlich in diesen Tagen nicht in Frage, auch gegen die Entsendung des Staatssekretärs von Bülow sprechen starke Bedenken. Aber die Beauftragung des Herrn von Rutius, den im In- und Ausland fast kein Mensch kennt, ist erst recht eine Unmöglichkeit. Sie würde gedeutet werden als eine

Selbstausschaltung Deutschlands von den wichtigsten Fragen der Weltpolitik, bei denen es um Krieg oder Frieden ganzer Erdteile geht.

Es war nach dem Rücktritt von Dr. Curtius davon die Rede, daß man ihn eventuell bitten möchte, auf künftigen Genfer Tagungen, z. B. auf der Weltabrüstungskonferenz, der deutschen Delegation anzugehören. Wäre es da nicht angebracht, ihm schon bei dieser Gelegenheit nahezu legen, nach Genf zu fahren? Er befindet sich ja ohnedies gegenwärtig in Badenweiler, also nahe an der Schweizer Grenze. Er kennt die Materie aus der letzten Ratsagung und kennt auch die Personen. Mit einem Wort: Curtius wäre Rutius jedenfalls vorzuziehen.

London beurteilt die Lage sehr ernst.

London, 9. Oktober.

Zu der Möglichkeit, daß der Staatssekretär des Äußeren, Lord Reading, Anfang nächster Woche nach Genf geht, um an den Erörterungen des Völkerbundsrates teilzunehmen, verlautet in amtlichen Londoner Kreisen, daß die Schwierigkeiten in der Mandchurei für sehr ernst angesehen werden, und daß Lord Reading es für ratsam hält, der chinesischen Krise seine persönliche Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Japan wird immer dreister.

Schanghai, 9. Oktober.

Der hiesige japanische Geschäftsträger hat sich heute von hier nach Hankow begeben, um dort eine Note der japanischen Regierung an die chinesische zu überreichen. Darin wird die chinesische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß sie für alle Folgen des antijapanischen Boykotts verantwortlich gemacht werden müßte, wenn sie diese Bewegung nicht unterdrücken würde.

Dieser Schritt der japanischen Regierung ist eine glatte Herausforderung. Der antijapanische Boykott in Schanghai und anderen chinesischen Plätzen ist eine spontane Volksbewegung, deren moralische Berechtigung angesichts des brutalen Überfalls in der Mandchurei unbestreitbar ist. Daß der japanische Handel dadurch empfindlich getroffen wird, ist nur erfreulich. Die chinesische Regierung hat nichts getan, um diesen Boykott zu inszenieren; das hätte sie auch gar nicht nötig. Von ihr geht zu verlangen, daß sie ihn sogar unterdrücke, ist in Anbetracht der gesamten Situation eine unmögliche Zumutung. Es ist überhaupt sehr zweifelhaft, ob eine solche Forderung völkerrechtlich begründet werden kann.

Dieselbe japanische Regierung, die diese Forderung an Hankow richtet, läßt gleichzeitig die friedliche Zivilbevölkerung chinesischer Städte durch Flugzeugbomben massakrieren, sie schafft separatistische Gegenregierungen in der Mandchurei und tut hundert andere Dinge, die vom Standpunkt des Völkerrechts noch viel unerhörter sind als der Schanghaier Handelsboykott. Der Völkerbundrat wird jetzt Gelegenheit haben, über die Vorgänge im Fernen Osten ein deutliches Wort zu reden; möge er dabei eine Haltung einnehmen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der zivilisierten Welt entspricht!

Salentkreuzer überfallen Lafontaine.

Beim Interparlamentarier-Kongress in Bukarest.

Wien, 9. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Verlaufe des inzwischen beendeten Kongresses der Interparlamentarischen Union in Bukarest ereignete sich ein aufsehenerregender und empörender Zwischenfall, dessen Veröffentlichung die rumänische Regierung vergeblich zu verhindern versucht hat.

Der greise Vizepräsident des belgischen Senats und Träger des Nobel-Friedenspreises Lafontaine wurde von einer Rote rumänischer Hotentrotter, sogenannten Cuziften, auf offener Straße überfallen, angepöbelt und schließlich tödlich angegriffen. Seine Frau wurde von den Rowdys angepöbelt und in gemeiner Weise beleidigt. Nur durch das Dazwischentreten von Straßenposten wurden die Überfallenen vor schweren Mißhandlungen bewahrt. Der Ministerpräsident Jorga und Finanzminister Argetoianu sprachen Lafontaine noch am gleichen Tage ihr Bedauern über den Zwischenfall aus. Der Presse wurde jedoch jede Meldung über diesen Akt faschistischer Brutalität verboten.

Die rumänische sozialistische Parlamentsfraktion hat in einem Schreiben an den Kammerpräsidenten Pompeju scharfen Protest gegen diese Unterdrückung der Pressefreiheit eingelegt und gefordert,

daß Pompeju als Vorsitzender im Namen der rumänischen Delegiertengruppe das allgemeine Bedauern über den Zwischenfall öffentlich ausdrückt.

Die faschistischen Säusubden sind verhaftet worden und sollen dem Schnellrichter vorgeführt werden.

Margisten, Margisten!

Die zum Hugenberg-Konzern gehörende „München-Augsburger Abendzeitung“ schreibt über den gemeinsamen Kampfaufmarsch der Gewerkschaften:

„Man erinnert sich, daß das Manifest der großen deutschen Wirtschaftsverbände mit einer Gegenkundgebung der Gewerkschaften, und zwar nicht nur der freien, sondern auch der christlichen Gewerkschaften beantwortet wurde. Hier wurden die gesunden Grundzüge der von den schöpferischen Kräften der Einzelpersonlichkeit getragenen nationalen Privatwirtschaft verurteilt, dort das marxistische Dogma der wirtschafts-gerrüttenden Sozialisierung gepredigt, und insbesondere die Unantastbarkeit des Tarifsystems gefordert.“

Wer für die Arbeiterrechte eintritt, ist ein Margist! Nun weiß man doch, was hinter der Parole „Gegen die Margisten“ steckt!

Lohnabbau über Lohnabbau!

Mit Bolldampf in das Chaos.

Die neuen Schiedsprüche für die Seeschifffahrt sind am Freitag vom Reichsarbeitsminister, nachdem die Nachverhandlungen kein Ergebnis gebracht hatten, für verbindlich erklärt worden.

Die Vertreter des Gesamtverbandes hatten in den Nachverhandlungen mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß die Schiedsprüche für die Seeleute untragbar seien. Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne, das ist denn doch etwas zu viel, vor allem bei einem Beruf wie dem der Seeleute, der stärker als alle anderen Berufe von Gefahren für Leben und Gesundheit bedroht ist. Es sei doch unmöglich, wurde von den Vertretern des Gesamtverbandes erklärt, den Seeleuten, die die stärkste Unfallziffer aufzuweisen haben, schlechtere Löhne zu geben als den anderen Arbeiterkategorien. Die verantwortlichen Stellen müßten sich auch darüber im klaren sein, daß eine Verbindlichkeitsklärung von den Seeleuten bei der nächsten Gelegenheit entsprechend beantwortet werde.

Die Warnung der Gewerkschaften hat nichts gesucht. Die Verbindlichkeitsklärung erfolgte, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil die Schiffsoffiziere aus Angst um ihre Existenz ihren Schiedspruch angenommen hatten. Man darf nicht vergessen, daß bei den Schiffsoffizieren ein ungeheures Angebot von Arbeitskräften besteht — die Reederei sorgen schon dafür, daß der Andrang zum Schiffsoffizierberuf nicht nachläßt — und daß es den Entlassenen schwer fällt, an Land eine ihrem Beruf einigermaßen gleichartige Beschäftigung zu finden.

Die Verhandlungen über die Seeschlepper- und Leichttarife sowie über den Zusatztarif zum Mantelvertrag für die Großschifffahrt sind noch nicht abgeschlossen.

Das böse Beispiel.

Bei den Lohnverhandlungen für die Staatsforstarbeiter, die zur Zeit in verschiedenen Ländern stattfinden, lassen die Verwaltungen in ihren Abbauforderungen jedes Augenmaß vermissen. In Württemberg fordert man z. B. einen Abbau um 20 bis 30 Proz. Wenn schon der Staat mit schlechtem Beispiel vorangeht, was soll man dann von den Unternehmern erwarten.

Lohnabbauwut in der Metallindustrie.

In der deutschen Metallindustrie sind in letzter Zeit annähernd 200 Lohnsätze und 100 Manteltarife gekündigt worden, ohne daß die Zahl der Kündigungen erschöpft wäre. Da die meisten Tarife bis Dezember und Januar abgeschlossen worden sind, werden die Hauptkündigungen erst später erfolgen. Die Lohnabbauforderungen, die in einzelnen Städten bereits erhoben worden sind, bewegen sich zwischen 10 und 15 Prozent.

Ein lautes und freudiges Ja.

Meinich, 9. Oktober.

Der Arbeitgebernverband der ober-schlesischen Montanindustrie hat den gestern gefällten Schiedspruch, der eine 7prozentige Lohnkürzung für den Steinkohlenbergbau und eine solche von 4 Proz. für den Erzhbergbau vorsieht, angenommen. Die Arbeiter hatten, wie bereits gemeldet, sofort nach Verkündung abgelehnt.

Arbeitsministerium drückt auf Löhne.

Es passieren sonderbare Dinge in dem Ministerium, das der selbe Herr Stegerwald leitet, der sich gegen einen zweiten allgemeinen Lohnabbau erklärte. Den Wächtern wird angedroht, die Allgemeinverbindlichkeit werde aufgehoben, wenn nicht zugunsten der kleinen Gesellschaften ein Lohnabbau eintritt. Dabei sind aber beide Tarifkontrahenten der Ansicht, daß ein Lohnabbau nicht zu verantworten ist. Ist das Reichsarbeitsministerium zu einer Interessensvertretung sozialer Schmutzkonkurrenten geworden?

Die im Gesamtverband organisierten Wachangestellten fahnen hierzu folgenden Beschlüsse:

Die am 8. Oktober versammelten Wächter nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Verlangen einzelner Arbeitgeber, den Lohn der Arbeitnehmer abzubauen.

Angesichts der großen Verantwortung und den leidlichen Gefahren ist der Lohn noch nicht hoch genug.

Unverständlich ist den Berammelten die Haltung des Reichsarbeitsministeriums, das die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit androht, falls nicht ein Abbau in irgendeiner Form erfolge. (Die Wächter erhalten monatlich 180 oder 205 M. bei nur drei freien Tagen im Monat.)

Die Allgemeinverbindlichkeit ist aber nur die Grundlage einer einheitlichen Bezahlung; ohne diese ist der Willkür der Unternehmer sowohl in der Bezahlung als in der Arbeitszeit Tür und Tor geöffnet. Die Abkommen haben keinen Vorteil von schlechtbezahlten Wächtern.

Die Berammelten erwarten von der zuständigen Organisation, dem Gesamtverband, daß sie alles versuchen muß, um den Tarifvertrag in der bisherigen Form aufrechtzuerhalten.

Lohnabbau in der Papierindustrie.

Der amtliche Schlichtungsausschuß Dresden hat im Lohnstreit der sächsischen Papier-, Pappen-, Well- und Holzstoffindustrie folgenden Schiedspruch gefällt: Vom 13. Oktober 1931 ab wird der Stundenlohn der Arbeiter über 20 Jahre in Gruppe 5 Ortsklasse 1 auf 75 Pfennig ermäßigt. Die übrigen Löhne regeln sich entsprechend dem Gruppentarifvertrag. Diese Regelung läuft bis Dienstag, den 13. Dezember 1931.

Die Lohnherabsetzung beträgt rund 4 Prozent. Die Branchenkonferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter wird am Sonntag in Chemnitz zu dem Schiedspruch Stellung nehmen. Die Entscheidung dürfte durch Urabstimmung der Belegschaften erfolgen.

Wohin geht die Reise?

Die vorstehenden Meldungen sind nur ein kleiner Ausschnitt eines einzigen Tages. Dazu kommt der indirekte Lohnabbau. Wie die „Gewerkschaftszeitung“ feststellt, ist der Durchschnitt der von der Reichsanstalt tatsächlich geleisteten Arbeitslosenunterstützung von 81,05 M. im zweiten Halbjahr 1927 auf 57,25 M. nach der Rotverordnung vom 5. Juni gesunken worden. Einer Senkung der Unterstüzung um 30 Proz. steht eine Senkung der Lebenshaltungskosten

— nach dem amtlichen Index — um 9 Proz. gegenüber. Dazu kommt noch die Abschreibung der Arbeitslosen aus der Reichsanstalt in die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtspflege. Nach dem letzten Ausweis werden nur noch 25 Proz. der Arbeitslosen aus den Mitteln der Reichsanstalt unterstützt; 16 Proz. erhalten überhaupt keine Unterstützung.

Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten, die Sozialrenten, die Ruhegehälter und Pensionen werden von Vierteljahr zu Vierteljahr gekürzt, womit der Umfang der Kaufkraft im gleichen Maße eingengt wird.

Ist das der Weg aus der Krise?

Wir wollen uns nicht mit den Unternehmern darüber streiten, um wieviel Milliarden der Inlandsmarkt eingeschrumpft ist. Das ist heute nicht mehr die Hauptsache. Es kommt vielmehr darauf an, sich über folgende Tatsache klar zu sein:

Die Weltwirtschaftskrise kommt von dem Sturz der Rohstoffe und Agrarprodukte, trifft also Deutschland weniger hart als die überseeischen Länder. Wenn trotzdem die Krise in Deutschland schwerer als andermwärts ist, so liegt das an der zu großen Ausweitung der Produktivität. Auch wenn man berücksichtigt, daß diese teilweise mit Hilfe von Krediten vorgenommen worden ist, so bleibt nichtsdestoweniger die unlegbare Tatsache bestehen, daß selbst in Zeiten der noch guten Konjunktur — 1927/28 — die Löhne in Deutschland zu niedrig waren.

Die Unternehmer haben sich verpekuliert. Sie haben Milliarden in Neuanlagen festgelegt, den Produktionsmechanismus ständig verbessert. Durch Senkung der Löhne will man den Zinldienst dieser unproduktiven „Rationalisierungszahlen“. Damit hat man aber die Abnahmefähigkeit und Rentabilität noch weiter verringert. Trotzdem gehen Unternehmer, Schlichtungsbehörden und Regierung weiter den verhängnisvollen Weg. Man schliffert nicht mehr: es geht mit Bolldampf in das Chaos.

Protest des ADB.

Unsoziale Kürzung der Gehälter und Pensionen.

Die Vorstandssitzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes vom 9. Oktober nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

Durch die neue Rotverordnung vom 6. Oktober 1931 hat die Reichsregierung aufs neue Maßnahmen zur Senkung von Beamtenbezügen unternommen. Wiederum tragen diese Maßnahmen einen völlig unsozialen Charakter, indem sie in erster Linie die ohnedies am schlechtesten gestellten Beamten treffen. Dies gilt insbesondere für die durch nichts gerechtfertigte Kürzung der Diätarbezüge, die im Zusammenhang mit der Verlängerung der Diätardienstzeit auf zehn Jahre eine empfindende Zurücksetzung und Sonderbehandlung dieser Beamten bedeutet. Die Diätare sind Beamte wie andere Beamte auch und verdienen ihren vollen Dienst ohne Unterschied gegenüber den planmäßigen Beamten. Die Sonderkürzung der Diätarbezüge trägt daher den Stempel völliger Willkür an sich, gegen die schärfstens protestiert werden muß.

Ebenso unsozial sind die Vorschriften über Kürzung der Pensionen ausgestaltet. Auf der einen Seite werden durch Herabsetzung des Pensionsfußes alle, auch die kleinsten Pensionen, über die durch die bisherigen Gehaltskürzungen bedingte Senkung hinaus einer zusätzlichen Herabsetzung unterworfen, die einen schweren Eingriff in die wohlverdienenden Rechte der Pensionäre und Hinterbliebenen bedeutet. Andererseits sind die Bestimmungen über die Kürzung hoher Pensionen und über die Anrechnung hoher Nebenverdienste auf die Pension in außergewöhnlich schonender Weise gefaßt, so daß die nur in wenigen Fällen zu einer ganz unzulänglichen teilweisen Erfassung dieser hohen Pensionen führen. Man schont also wiederum die leistungsfähigen Schichten zum Nachteil der wirtschaftlich Schwächsten.

Mit dem Widerspruch gegen dieses Vorgehen muß erneut die Feststellung verbunden werden, daß, wie die bisherige Entwicklung zeigt, die dauernden Herabsetzungen der Beamtengehälter und Pensionen infolge der dadurch bewirkten Einschränkung der Kaufkraft nicht zur Sanierung der Haushalte und zur Befriedung der allgemeinen Wirtschaft führen können. Sie bringen lediglich die Beamten der unteren und mittleren Gruppen in schwere wirtschaftliche Not und haben mit ihren Folgen des Konsum- und Steuerrückganges nachteilige allgemeinwirtschaftliche Auswirkungen.

Um die Arbeitszeit bei Nordwest.

Wann wird dem Skandal ein Ende gemacht?

Düsseldorf, 9. Oktober. (Eigenbericht.)

Vertreter des Reichsarbeitsministeriums haben in den letzten Tagen verschiedene Werte der Hüttenindustrie des Ruhrgebietes besichtigt und Untersuchungen über die Möglichkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere an Sonntagen, angestellt. In einer Besprechung mit Vertretern der Unternehmer und solcher der Gewerkschaften in Düsseldorf wurden die Möglichkeiten durchgesprochen. Positive Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Es ist damit zu rechnen, daß in den Arbeitszeitverhandlungen der Gruppe Nordwest mit dem Deutschen Metallarbeiterverband am 13. Oktober die bereits mit den übrigen Gewerkschaften vereinbarte Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit durch Schiedspruch ausgesprochen wird.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Noch immer erträglich.

Paris, 9. Oktober. (Eigenbericht.)

Der „Populaire“ schätzt die wirkliche Zahl der Arbeitslosen in Frankreich auf etwa 650 000 und die der Kurzarbeiter auf 2½ Millionen. Dieser Schätzung sind die letzten Feststellungen des Arbeitsministeriums zugrunde gelegt worden, die sich auf die Zahl der Arbeiter in Unternehmungen mit über 100 Arbeitskräften beziehen. Danach ergibt sich, daß am 1. August dieses Jahres in 8453 derartigen Unternehmungen 218 004 Arbeiter, d. h. 8,4 Prozent weniger als im Vorjahre, und 886 886 Arbeiter, d. h. 33 Prozent der Belegschaften, nur teilweise beschäftigt sind.

Unter Anwendung dieser Prozentziffer auf die Heimarbeit und die in kleineren Unternehmungen beschäftigten Arbeiter kommt der „Populaire“ zu den eingangs erwähnten Zahlen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Zahlen sind vielleicht etwas zu hoch gegriffen, da man annehmen kann, daß zahlreiche aus größeren Betrieben entlassene Arbeiter anderweitig Beschäftigung gefunden haben, aber sie dürften von der Wirklichkeit nicht allzu weit entfernt sein.

Der „Populaire“ fragt daher die Regierung, welche Maßnahmen sie zur Unterstützung der Arbeitslosen zu ergreifen gedenkt, da das bisherige Unterstützungssystem bei weitem nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosen erfasse.

Die Richtmeister.

Wer ist Angestellter?

Die Reichsgruppe Richtmeister im Deutschen Werkmeister-Verband, Ely Düsseldorf, hielt kürzlich in Oberhausen-Stertrade ihre Jahrestagung ab. Aus fast allen Orten des Reiches, in denen Richtmeister sesshaft sind, waren Delegierte erschienen.

In seinem Vortrag über die zivilrechtliche und versicherungsmäßig Stellung des Richtmeisters erläuterte der Geschäftsführer Wegand insbesondere die §§ 133a der Gewerbeordnung, 623 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes und die Berufsgruppenbestimmungen vom 8. März 1924. Im Kommentar von Schulz-Hartmann wird zusammenfassend gesagt: „Angestellter ist, wer als Arbeitnehmer überwiegend Denkarbeit leistet.“

Aus den zahlreichen vom DVB erstrittenen Entscheidungen über die Versicherungspflicht der Richtmeister sowie aus den Urteilen der Arbeitsgerichte ergibt sich eine sehr unterschiedliche Beurteilung der Richtmeisterstätigkeit, doch ist es gelungen, in 70 Prozent der anhängig gemachten Streitigkeiten ein Urteil dahin zu erreichen, daß die Richtmeister als Angestellte gelten.

Durch die politische Zerrissenheit des deutschen Volkes ist keine fortschrittliche sozialversicherungsfreundliche Mehrheit im Reichstag vorhanden; die Gewerkschaften sind deshalb in der Minderheit. Auch die Richtmeister müssen ihren Willen zur Hebung ihrer Berufsfrage durch festen Zusammenschluß im DVB und durch freudige Übernahme der gewerkschaftlichen Kleinarbeit fördern und so die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg schaffen. Die Auszüge aus den Urteilen bieten wertvolles Material und sollen den Fachgruppen zugestellt werden.

Einen breiteren Raum in den Verhandlungen nahmen die Anträge der örtlichen Fachgruppen ein, die gründlich durchberaten wurden. Sie enthielten die Forderungen der Richtmeister zur Sozialversicherung und brachten eine Anpassung der organisatorischen Gliederungen an die Geschäftsordnung für die Industriesachgruppen des Verbandes. In den Reichsachtauschuß wurde außer den Richtmeistern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auch ein Richtmeister von Berlin delegiert.

Tarifvertrag für den Einzelhandel gilt.

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Die Kläger sind bei der Firma Stein & Co. in Potsdam beschäftigt, die eine Buchdruckerei nebst Buchbinderei und Papierfabrikation betreibt. Der Betrieb ist der Betrieb von Sichtlokalitäten unter dem Namen „Deutscher W&M-Vertrieb“ angegliedert. Die Beklagte bezieht das ganze Material von Amerika. Sie unterhält für den Betrieb in Berlin, Potsdam, StraÙe 130, Räume, in welchen die Interessenten die Einrichtungen des W&M-Systems besichtigen und sich vorführen lassen können. In der Hauptsache betreibt die Beklagte die Artikel durch Kaufmännische Angestellte.

Die als Verkäufer für die Berliner Bezirke angestellten Kläger verlangen Gehaltsnachzahlung. Sie machen geltend, daß für ihr Arbeitsverhältnis bei der Firma Stein der allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag im Berliner Einzelhandel nebst der Gruppierung und dem Gehaltstarif maßgebend sei. Die Beklagte bestreitet, daß auf ihren Betrieb der Tarif nach der Einzelhandelsart Anwendung zu finden habe.

Das Landesarbeitsgericht Berlin hat entschieden, daß für die Kläger nur der Einzelhandelsart in Frage komme. Der Anspruch der Kläger auf Gehalt nach diesem Tarif sei deshalb berechtigt.

Gegen dieses Urteil kämpft die Beklagte und der Einzelhandelsverband mit der Revision an. Die Beklagte verlangt Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils und Abweisung der Klage.

Das Reichsarbeitsgericht kam zur Zurückweisung der Revision und schloß sich in seiner Begründung vollständig dem vorinstanzlichen Urteil an. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Neue Lohnverhandlungen in Mansfeld.

Drohende Stilllegung.

In der von dem Regierungspräsidenten von Harnack als Demobilisierungskommissar geleiteten Stilllegungsverhandlungen in Eisleben wurde die Stilllegungsfrist für die Kupferbetriebe der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Eisleben, auf den 17. Oktober festgesetzt. Von der Stilllegungsaktion wird das Kupfer- und Messingwerk in Heitstätt nicht betroffen, das auf jeden Fall weitergeführt wird. Wie es heißt, sollen auf Anregung der Gewerkschaft sofort neue Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattfinden, um die drohende Stilllegung möglichst zu verhindern.

Die Esha-Werke Berlin-Orly teilen uns mit, daß die R.O. die von der Firma belieferten Geschäfte zum Boykott gegen sie aufruft. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für die Fleischwarenfabriken ist für verbindlich erklärt worden. Die Esha-Werke sind tarifstreu, gewerkschaftliche Differenzen bestehen nicht, so daß kein Anlaß besteht, sie zu boykottieren.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Morgen, Sonntag, 11. Oktober: Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Besichtigung des Reichshofes Tempelhof. Treffen 10 Uhr vor dem Hauptingang. — Jugendbesuchung der Volkshäuser: um 10 Uhr im Theater am Mühlentopf. Karten sind ausverkauft. — Selbstpreis: 19½ Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses: Literarischer Abend mit Lichtbildern: 8½ Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Frei Eintritt. Ab heute ab 19½ Uhr im Jugendheim der Schule: Unterstr. 18.

Verantwortlich: Hr. Wolff; Leiter: Hr. Schill; Schriftf.: G. Klingebier; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freiwörter: Fr. John; Schichtarbeit: Kofales; Sozialist. Reichsarbeit: Angewandte K. Gode; Familien in Berlin: Berlin: Sozialist. Reichsarbeit: G. m. b. H., Berlin; Druck: Sozialist. Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 4, Straße 2, Berlin.